

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1912**

165 (18.7.1912)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Abgaben abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481  
Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.  
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128  
Postfach-Canto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pf. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:  
Buchdruckerei G. E. & C. O., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Biegler in Karlsruhe.

### Die prinzliche Wahlrede.

Der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, hat es am Sonntag für richtig gehalten, auf dem Festbankett des deutschen Schützenjubiläumfestes in Frankfurt a. M. als erster und offizieller Redner, die bereits in unserer jüngsten Nummer kurz behandelte Wahlrede zu halten und an große Teile des deutschen Volkes nach berühmtem, aber keineswegs bewährtem Muster eine scharfe Abgabe zu richten. Bisher galt dieser Hohenzoller als der Vertreter der Versöhnlichkeit und Humanität im deutschen Kaiserhaus. Tatsächlich hielt er sich bisher auch von den rednerischen Sufarenritten, die sein Bruder lieb, zum eigenen Nutzen fern und kam dadurch in den Geruch eines „liberalen“ Prinzen. Nur seine Antwort auf die Kaiserrede von der gepanzerten Faust vom 15. Dez. 1897, in der er vor seiner Ausfahrt nach Siantichou versicherte: „Nicht zieht nur eines: das Evangelium Eurer Majestät gehelligter Person im Auslande zu künden, zu predigen, jedem, der es hören will, auch denen, die es nicht hören wollen“ — nur diese von dem ganzen Mystizismus der Gottesgnadenlehre durchdränkte Antwort erregte seinerzeit einiges Kopfschütteln. Sie wurde aber dem Prinzen nicht nachgetragen. Er schien damals von seinem Bruder angeleitet und beeinflusst. Schmähreden gegen politische Parteien und große Volksströmungen innerhalb Deutschlands hatte Prinz Heinrich bisher vermieden. Jetzt ist auch er dieser Unsitte des preußischen Absolutismus zum Opfer gefallen.

Auf dem Frankfurter Festbankett begrüßte der Prinz den Schützenbund als „Träger des nationalen Gedankens“, der er schon seit 1862 sei, die Vertreter von Oesterreich, Ungarn und die „Stammesbrüder“ aus Amerika. „Wer die vaterländische Geschichte kennt, der weiß, daß Generationen sich mit dem Gedanken der Gründung eines Deutschen Reiches befaßten“. Wenn das nun mehr als Redensarten sein sollen, so heißt es, daß das Deutsche Reich ein Ergebnis langer wirtschaftlicher und politischer Kämpfe war, nicht ein Schöpfungswort Wilhelms I. und seiner Palatine, wie der jetzige Kaiser so unzählige Male versichert hat. Seine Kämpfe waren so erbittert, daß sich Tausende an ihnen verbluteten. Das echte Preussentum hat die ersten Agitatoren für die Einigung in den vormärzlichen Zeiten als Demagogen verfolgt und eingekerkert, es hat die Einigung auf dem Wege der ach so zahmen Revolutionen von 1848 blutig vereitelt und für die großdeutschen Bestrebungen des linken Flügels der Liberalen der sechziger Jahre, auch für den Schützenbund und die Schützenfeste, hatte Bismarck nichts als Hohn und Schlimmeres übrig. Die Einheit unter der preußischen Rißelhaube und mit dem persönlichen Hohenzollernregiment, dessen Schritte er als Hausmeister lenkte, konnte er erst in der Kriegsbegeisterung von 1870/71 installieren, so wie es ihm paßte. Wenn Prinz Heinrich also im Gegensatz zur preußischen Geschichtsklitterung den Anteil der kämpfenden Volksmassen an der Einigung Deutschlands zugestehen wollte, so wäre das zwar kein besonderes Verdienst, aber doch etwas sehr Verständliches gewesen. Es scheint aber, daß das Geschichtsverständnis bei hohen Herren sofort zu verlagern beginnt, wenn sie auf die Gegenwart zu reden kommen. Der Hohenzollern-Festredner fuhr nämlich fort:

Wie sieht es aber in diesem Reiche aus? Der Deutsche ist ein wohlzogener, tüchtiger und kräftiger Mann und Arbeiter. Aber leider sind wir bezüglich unserer inneren Verhältnisse nicht alle ganz einig. Ich will den heutigen Tag nicht ganz vorübergehen lassen, ohne einen Appell an Sie alle zu richten, an die Träger des nationalen Gedankens, an die bürgerlichen Parteien. Ein jeder Kappe an seine Brust und frage, ob er festgehalten hat, wofür ihr Herzblut Hunderte und Tausende hingegeben haben. Wer sich heute nicht zu Kaiser und Reich bekennt, der gehört nicht unter uns. (Stürmischer Beifall.) Die Festesstimmung macht es nicht. Die Arbeit im täglichen Leben entscheidet. Deshalb appelliere ich an die bürgerlichen Stände: arbeitet im stillen für die Kräftigung und Befestigung des Reichsgedankens! (Bravo!) Aus Nord und Süd, von Ost und West sind die Männer hier zusammengeströmt, von allen deutschen Gauen und Stämmen. Jeder Stamm sei treu seinem Oberherrn, seiner Majestät dem deutschen Kaiser. (Hochrufe.) Möge dieses Fest nicht verklingen ohne das feste Bekenntnis zu Kaiser und Reich und den deutschen Idealen. Treff ist Trumpf! Trumpf sei auch für den Bürger der Gehorsam und die Einordnung in das Staatsganze.

Wenn das keine ausgewachsene Wahlrede ist, dann gibt es überhaupt keine! Der Bruder des Kaisers wäscht den bürgerlichen Parteien — er nennt sie ausdrücklich! — politisch die Köpfe. Sie sind nicht alle ganz einig und sie sind nicht national genug! Da sich dieser Vorwurf unmöglich an die Adresse der Konservativen oder des Zentrums richten kann, bleiben nur die Liberalen aller Schattierungen

gen als Krügelkinder übrig. Der Ort des Festes schien wohl als besonders geeignet dafür, die prinzliche Belehrung an sie zu richten. Die Liberalen und der gute Bürger sind in der letzten Zeit manchmal vom tgl. preußischen Tugendpfade abgewichen. Sie haben da und dort in der Verzweiflung sozialdemokratisch gewählt, die roten 110 sind mit durch ihre Hilfe in den Reichstag gekommen und dort wurde ein roter Vizepräsident auf ein paar Wochen, länger reichte die liberal Courage nicht, in die Leitung der Geschäfte des Parlaments gewählt. Der Kaiser hat sich darüber geirrt. Das alles darf nicht wieder vorkommen. „Wer sich nicht zu Kaiser und Reich bekennt, gehört nicht unter uns!“ Wieder ein Lichtstrahl mit scharfem Messer zerhackt. Ein prinzlicher Redner komplimentiert alle, die im Deutschen Reich das persönliche Regiment gründlich satt haben, zur Reichstür hinaus. Die anmachende ostelbische Zunderfluke darf bleiben, und ihre Dreiklassenmach mitlamm der Wahlfreiheitsgeometrie für die Reichstagswahlen, ihr Steueregoismus und ihre Privatlegienwirtschaft in Verwaltung und Heer auch!

Aber die Sozialdemokratie mit ihrer unbeugsamen Freiheitsenergie und ihrem heiligen Kulturreifer wird in Bonn und Aht getan und mit ihr jeder, der sie auch nur mittelbar unterstützt. Die großen arbeitenden Volksmassen, die billiges Brot und freie Bewegung haben wollen, statt des mit Polizeiwirtschaft und Hunger verbrämten Byzantinismus, werden wegen ihres trohen Bekenntnisses zur völkerebefreienden Kraft des Sozialismus mit einer verächtlichen Handbewegung des Prinzen abgetan. Die Einheit des Reiches wollen sie auch, aber in der Wohlfahrt und Freiheit der Arbeitenden und Werkstoffenden und mit politischer Selbstbestimmung für die Bürger. Das ist jedoch nicht die echte Einheit, sagt Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, und der muß es ja wissen. Die echte nationale Einheit besteht im Gehorsam und in der Treue zum Oberherrn. Diese Einheit ließ der Prinz leben. Und die Schützenbrüder, die gutgemeinten Bürger, die der Frankfurter Polizeipräsident lobte, stimmten ihm begeistert zu und der reaktionäre Frankfurter Oberbürgermeister konnte sich nicht genug tun in der Wiederholung der Mahnung und der Trauer „über so viele Schwächen, die uns noch anhaften“.

Womit denn wieder einmal eine Stufe abwärts in der Entwicklung des deutschen Bürgertums erreicht ist. Der liberale deutsche Nationalverein von 1863 konnte die Arbeiter zwar nicht als gleichberechtigte Mitglieder im Kampfe für die Einigung Deutschlands, aber doch immerhin noch als Ehrenmitglieder brauchen, die zwar helfen, aber nichts sagen durften. Jetzt, nachdem die Arbeiter ihr Blut für das Reich vergossen und es mit fleißiger und nerviger Faust zu einem der mächtigsten Industriestaaten der Welt emporgehoben haben, „gehören sie nicht mehr zu uns“, weil sie andere Begriffe von Bürgerrecht und Menschenbewußtsein haben, als den Hyazinthengehorsam vor dem Monarchen des preußischen Junterfates, der sich dann in einem untertänigsten Schützentelegramm an den Kaiser austobte. Und diese Wahlrede muß dem Bürgertum ausgerechnet ein Hohenzoller, ein „liberaler“ Hohenzoller sogar, halten. Und ihm jubelt eine vieltausendköpfige Bürgermenge zu, die entweder von der Arbeit der Veremten lebt, oder sich selbst rackern und plagen muß, oft schlimmer, wie ein Proletariat, gerade unter dem Druck der heutigen Reichsstände. Der Prinz packte eben beim Bourgeois ganz den richtigen Augenblick: wenn dieser fröhliche Feste in Saal und Braus feiert, gibt er dem Proleten gern einen festen Tritt. Es lebe die Achtung der Andersgeiminten! Und es soll alle Sitte werden, zu den echt nationalen Bürgerfesten, deren ja kaum eines mehr des hohen Protektors entranen kann, immer kräftiger auf dem Hassenbewußten Proletariat herumzutampeln!

Wir Sozialdemokraten werden nicht darunter leiden. Ihr werdet euch aber kräftig in die Fußhohlen schneiden. Selbst wenn ein toastender Hohenzollernprinz euer Führer ist!

### Deutsche Politik.

Der Reichsetat für 1913. Der Bundesrat soll sich heuer frühzeitiger als sonst mit dem neuen Etat befassen. Die „Berl. Pol. Nachr.“ teilen dazu mit:

„Da mit der nicht rechtzeitigen Verabschiedung der Etats während der letzten Jahre auch eine Reihe weniger angenehmer Erfahrungen gemacht sind, und Regierung und Reichstag in der Beurteilung dieser Vorgänge einig sind, soll versucht werden, diesmal den Etat vor dem 1. April des nächsten Jahres fertig zu stellen. Gerade diesmal stellt sich der Absicht eine besondere Schwierigkeit in den Weg, weil das Osterfest 1913 in die zweite Hälfte des März fällt und demgemäß damit gerechnet werden muß, daß der Reichstag in der Mitte März seine Osterferien beginnt. Bis dahin müßte also

der Etat durchberaten sein, wenn er rechtzeitig verabschiedet werden soll. Der Schwierigkeit sieht aber auch ein Vorteil gegenüber und zwar insofern, als der Reichstag schon Ende November seinen nächsten Tagungsabschnitt beginnt. Es ist also die Möglichkeit vorhanden, daß mit der zweiten Etatsberatung noch vor den Weihnachtsferien begonnen werden kann. Voraussetzung dafür ist natürlich zunächst, daß der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritte den nächstjährigen Etat vorfindet. Hierauf wird seitens der Verwaltungsstellen und seitens des Bundesrats hingearbeitet werden. Man wird auch mit ziemlicher Gewißheit schon heute sagen können, daß der Reichstag, wenn er am 26. November wieder in Berlin seine Beratungen aufnehmen wird, unter den ihm inzwischen zugegangenen Entwürfen den Reichshaushaltsetat für 1913 vorfinden wird.“

Daß der Reichstag noch vor den Weihnachtsferien in die zweite Lesung des Etats eintreten könnte, ist schon um deswillen vollständig ausgeschlossen, weil der Reichstag erst am 26. November wieder zusammentritt. In den letzten Jahren hat die Etatsberatung wesentlich dadurch gelitten, daß der Reichstag immer ziemlich spät zusammentreten ist. Die wichtigen Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes werden dann immer an das Ende der Beratungen gesetzt, die dann naturgemäß überflürzt werden müssen. Es mag sein, daß die Absicht der Regierung ist, die natürlich ein Interesse daran hat, daß gerade über diese beiden Etats nicht allzu viel geredet wird. Wenn sich nun aber die Regierung darauf etwas zugute tun wollte, daß die Durchsichtung des Etats diesmal dadurch vermieden werden soll, daß der Etat schon Ende November dem Reichstage vorgelegt wird, so ist auch das unberechtigt, denn wenn der Etat rechtzeitig fertig werden soll, dann muß er der Osterferien halber Mitte März fertiggestellt werden und dann bleibt zur Beratung auch nicht mehr Zeit, als wie in den anderen Jahren. Von sozialdemokratischer Seite ist auch heuer wieder bei der Vertagung des Reichstags dagegen protestiert worden, daß der Wiederzusammentritt auf einen so späten Termin gelegt worden ist. Die Sozialdemokraten sind mit dem Protest allein geblieben, weil die bürgerlichen Parteien im Ernst gegen die Durchsichtung der Beratungen durchaus nichts einzuwenden haben. Wir werden also auch diesmal wieder das alte Spiel erleben, daß gerade die wichtigsten Etats nicht gründlich durchberaten werden können.

Agrarische Schmerzen. Die „Deutsche Tageszeitung“ erobert sich darüber, daß es aus Anlaß des Demonstrationstages in Breslau nicht zu Zusammenstößen gekommen ist. Das anscheinend nach Arbeiterblut lechzende Organ der Volkshungerer schreibt nämlich: „Nach diesem Berichte hat offenbar, wie früher beispielsweise bei der Beerdigung des Abgeordneten Borgmann, die Polizei wiederum revolutionären Ordnern die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auf der Straße überlassen. Wann endlich wird sich die Regierung zu der gegenüber diesen Revolutions-erzittern gebotenen klaren Stellungnahme aufraffen?“ — Vielleicht läßt man künftig den diden Dertel mit seiner Knute bei solchen Anlässen los, damit er durch Dreinschlagen für die gewünschte Störung der Ordnung sorgt.

Freisprüche. Aus Metz wird berichtet: Das Kriegsgericht der 8. bayerischen Infanteriebrigade hat am Montag den Hauptmann Westermayer von der 7. Kompanie des 8. Bayerischen Infanterieregiments in Metz von der Anklage freigesprochen, durch Ueberanstrengung bei dem Manöver bei Mörchingen im Mai ds. Js. den Tod mehrerer Soldaten verursacht zu haben. Die Verhandlung erfolgte wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Todesmarsch von Mörchingen verursachte seinerzeit berechtigtes Aufsehen. Und nun diese Freisprechung!

Julius. Auf die persönlichen Angriffe, die „Julius“ in der Oppersdorffschen „Wahrheit und Klarheit“ gegen einige hervorragende Persönlichkeiten im Zentrumslager gerichtet hat, ohne sie zu nennen, haben die Zentrumsblätter bisher nicht eben sehr energisch reagiert. Jetzt aber geht der „Bayer. Kurier“, nachdem er festgestellt hat, daß seine Redaktion den Julius nicht zu fürchten braucht, vor und bemüht sich, den Gegner zu entlarven. Er stellt die Behauptung auf, daß dieser „Julius“ nie Zentrumsmann war, auch heute nicht ist.

Julius ist der Privatsekretär des Grafen Oppersdorff, Herr Karl Schickler. Schickler steht nach Aussage der Leute, die ihn kennen, nicht auf katholischem Boden, er sei viel mehr notorischer Atheist, er ist nichtpraktizierender Katholik. Jedenfalls steht soviel fest, daß er — geborener Katholik — seine Ehe, die er mit einer Katholikin eingegangen hat, nicht kirchlich eingetragene lieh! Diese rein bürgerliche, nicht kirchliche „Ehe“ besteht heute noch, — es ist der Verbindung ein Kind entsprungen, — wenn auch die Frau mit ihrem Kinde den Mann verlassen hat, nicht aus Ueberdruß an liebevoller Behandlung! Wir begnügen uns mit diesen Feststellungen.

25%  
25%  
25%  
245  
5 95  
Paar 75  
8  
65  
Billig und gut.  
n. 688  
Hauptpost.  
Juli bis inkl.  
Akten.  
in Fr. Henry  
1912.  
200 km.  
Stel-  
Bker bis zur  
659  
r. 81/83. 4.  
ein großes leer  
Den an alle  
der später zu

Was wird nun Julius sagen? Vielleicht wird er nun auch deutlicher und es ist sehr fraglich, ob es dem andern Julius, dem Julius Bachem zu Köln, bei den Enthüllungen des „Bayerischen Kuriers“ so besonders wohl ist.

Giesberts gegen die Facharbeiter. Auf dem Verbandstage des christlichen Metallarbeiterverbandes, der zurzeit in Dortmund tagt, hielt Giesberts die Begrüßungsrede, in der er von einer gegenwärtigen kritischen Zeit in den christlichen Gewerkschaften sprach. Die andern Brüder in Christo, die Berliner Facharbeiter, stigmatisierte er in dieser Rede also: „Wenn die christliche Gewerkschaft einem offenen Gegner gegenüberstehe, könnte sie ihr Augenmerk auf seine Waffen lenken und ihm gegenüber die Taktik einrichten...“

Das ist ja so allerlei! Die vom Papst gelobten Facharbeiter als Wegelagerer zu bezeichnen, die ihre Pfeile meuchlings aus dem Hinterhalt schleudern! — Uebrigens zeigt sich Giesberts gar nicht als so folgamer treuer Sohn der katholischen Kirche, der die Mahnung aus Rom beachtet, bis zur Entscheidung des christlichen Gewerkschaftsstreiks durch den heiligen Vater den Kampf ruhen zu lassen. Dazu sind die christlichen Gewerkschaftsführer auch zu stark provoziert worden.

Noch mehr Kanonensutter her! Der Wahn der Rüstungsfanatiker, von Frankreich verfolgt und eines Tages überfallen zu werden, nimmt bei der jetzigen Sundaagshe geradzu bedenkliche Erscheinungen an. In der konterparativen „Post“ ruft ein Oberleutnant a. D. Hans von Fabricius: „Unsere Seeresverfärfung von 1912 war ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Gefahr, die Deutschland vermöge der großen Ueberlegenheit Frankreichs an ausgebildeten Mannschaften der Infanterie bedroht, ist dadurch auch nicht annähernd beseitigt worden. Die Erwartungen, die Forderungen des deutschen Volkes sind in keiner Weise erfüllt. Die Regierung hat wieder einmal den Volk und Volksvertretung beseelenden Geist nicht ausgenutzt, ja nicht einmal erkannt — andernfalls hätte sie unbesorgt das Doppelte verlangen und mit gleicher Leichtigkeit durchsetzen können.“

Also „ein Tropfen auf den heißen Stein“ war die letzte Militärvorlage, die dem deutschen Volke viele Millionen kosten wird. Was verlangt nun der Oberleutnant a. D.? Er führt aus: „Die Verstärkung der französischen Streitkräfte zwingt uns, auf dem eingeschlagenen Wege nicht stehen zu bleiben, sondern vielmehr mit verstärkten Mitteln fortzuschreiten. Mit kleinen Mitteln kommen wir nicht zum Ziel... Wir müssen vielmehr aufs Ganze gehen. Und dies besteht darin, daß wir den Plan Scharnhorsts über die allgemeine Wehrpflicht, die jetzt nur noch auf dem Papier besteht, wieder ganz zur Durchführung bringen... Ueber 80 000 diensttaugliche Männer können alljährlich zum Seeresdienst aus Mangel an Kadern nicht herangezogen werden und treten zur Ersatzreserve. Da ihre Dienstpflicht 12 Jahre dauert, so verlieren wir, wenn sie unausgebildet bleibt, dadurch schließlich fast eine Million Soldaten!“

Wie viele Oberleutnants und sonstige Offiziere würden gebraucht, wenn diese Million Soldaten neben den schon vorhandenen noch geschaffen würde! von Fabricius meint: „Zur Aufstellung der Kadern für die Ersatz-Reserve-Kompagnien des ganzen Heeres würde sich nach Vorstehendem ein Bedarf herausstellen von rund 400 Hauptleuten, 800 Leutnants (oder Feldwebel-Leutnants?) 4000 Unteroffizieren, 3200 Gefreiten, 8000 Spielleuten.“ Wie man sieht, würde eine ganze Anzahl Offiziere untergebracht. Dabei rechnet Herr von Fabricius vorläufig nur

mit jährlich 80 000 Ersatzreservisten von 200 Regimenten, also auf 400 Mann von jedem Regiment. — Dem Oberleutnant a. D. genügt eine Ausbildungsdauer von 5 1/2 Monaten, um genügend bergerichtetes Kanonensutter zu schaffen: „Da die Ersatzreservisten nicht zu selbständigen, völlig kriegsbrauchbaren Truppenteilen zusammenge stellt werden sollen, sondern nur dazu bestimmt sind, bei den künftigen Kriegen zu erwartenden ungeheuren Verlusten einen brauchbaren Nachschub für die Feldtruppe zu gewähren, so genügt es, nach meinen Erfahrungen aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, wenn die Ausbildung in drei aufeinanderfolgenden Jahren geschieht und zwar im ersten Jahre in drei, im zweiten in 1 1/2 und im dritten in einem Monat... Ich weiß wohl, daß man in den wenigen Wochen der Ausbildung aus dem Ersatzreservisten keinen schönen Parade soldaten machen kann: ich habe aber die Ueberzeugung gewonnen, daß wir damit ein seinem Namen entsprechendes wertvolles Material zur Ausfüllung der im Verlauf des Feldzugs entstehenden Lücken gewinnen werden...“ Von Interesse ist vor allem die Bestätigung auch dieses Fachmannes, daß eine bedeutend verkürzte militärische Ausbildung des Heeres ohne Nachteil für dieses eingeführt werden kann.

### Badischer Landtag.

© Karlsruhe, den 16. Juli 1912.

106. Sitzung der 2. Kammer.

Am Regierungstisch: Minister v. Sobman und Kommissäre.

Präsident Rohrbuch eröffnet 1/2 Uhr die Sitzung. Das Haus erteilt zunächst dem Ministerium des Innern die Ermächtigung zum sofortigen Vollzug des 3. Nachtragsbudgets (neue Stellen bei der Zentralverwaltung).

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Weishaupt-Mehrfach (nall.) über den Gesetzentwurf, betreffend die

Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes und beantragt, das Gesetz in der Fassung der 1. Kammer zu genehmigen, was debattelos geschieht.

Es folgen Berichte der Kommission für Eisenbahnen und Straßen.

Abg. Reiter (nall.) berichtet über die Petition des Gemeinderats Deutschneureut um Herabsetzung des Weirags dieser Gemeinde zur Straßenunterhaltung, insbesondere zur Unterhaltung der Landstraße Nr. 19.

Antrag: Ueberweisung zur Kenntnisnahme wird angenommen.

Abg. Seubert (Ztr.) erstattet Bericht über die Bitte von Gemeinden des Nedarales um Erstellung einer festen Brücke über den Nedar bei Diebesheim.

Antrag: empfehlende Ueberweisung wird angenommen.

Abg. Grlacher (Ztr.) referiert über die Petition des Verbandes der Bauereien von Karlsruhe und Umgebung, der Handelskammer Karlsruhe und des Vereins deutscher Motorfahrzeuge-Industrieller Berlin, betr. den Verkehr mit Automobilfahrzeugen über die Rheinisch-Braunfeldebrücken. Gewünscht wird eine Milderung der Bestimmungen.

Antrag: empfehlende Ueberweisung wird angenommen.

Abg. Rahn (Sog.) berichtet namens der Petitionskommission über die Petition des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands (Bau Baden) um Anstellung von Arbeiterkontrollleuten, Regelung der Submissionsbedingungen, vorzugsweise Beschäftigung einheimischer Arbeiter und Berücksichtigung der heimischen Steinindustrie, des Naturmaterials bei Staatsbauten.

Der Antrag geht teils auf empfehlende Ueberweisung, teils auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme und wird debattelos angenommen.

Abg. Pinf (f. Vpt.) berichtet über die Petition der Gemeinde Weisweil, betr. Anlage eines Rheinhafens auf dortiger Gemarkung.

Der Antrag auf empfehlende Ueberweisung im Sinne der Einleitung von Verhandlungen mit der Gemeinde findet Annahme.

Abg. Pinf (f. Vpt.) berichtet weiter über die Petition des praktischen Arztes und Professors Dr. Riffel in Karlsruhe, betr. die staatliche Unterstützung seiner hygienischen Forschungsarbeiten. Dr. Riffel sei wissenschaftlich durchaus ernst zu nehmen und habe sich auf dem Gebiete der Tuberkuloseforschung sehr verdient gemacht. Gerade das Ministerium des Innern

habe allen Grund, die Lebensarbeit Dr. Riffels tatkraftig zu fördern.

Der Antrag geht deshalb auf empfehlende Ueberweisung in dem Sinne, daß dem Petent zur Bearbeitung seines Sachmaterials eine ausreichende Unterstützung gewährt wird. Ministerialrat Arnsparger begründet den ablehnenden Standpunkt des Ministeriums des Innern.

Ministerialrat Schwörer erklärt für das Unterrichtsministerium, daß Prof. Dr. Riffel wiederholt Beihilfen aus dem Dispositionsfond erhalten habe. Weiterzugehen sei die Regierung nicht in der Lage.

Der Kommissionsantrag findet einstimmig Annahme.

Abg. Gierich (Sog.) erstattet Bericht über die Petition der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Handlungsgewerksverbandes wegen Errichtung einer badischen Handelsinspektion.

Auf Antrag Hummel (f. Vpt.) wird die Petition empfehlend überwiesen.

Abg. Gierich (Sog.) berichtet weiter über die Petition des Redarischervereins Hahmersheim um Steuernachlaß, finanzielle Schonung und Unterstützung.

Antrag: empfehlende Ueberweisung wird angenommen.

Abg. Pinf (f. Vpt.) erstattet Bericht über die Petition des Verbandes bad. hhol. Vereine um Ueberhebung des Gesetzes vom 4. Mai 1886, betr. die Hundsteuer.

Antrag auf empfehlende Ueberweisung in dem Sinne, daß den Hundbesitzern ein Steuernachlaß gewährt wird, im übrigen Ueberweisung zur Kenntnisnahme wird angenommen.

Abg. Kurz (Sog.) berichtet über die Petition des Eisenbahnschaffners Friedrich Bang in Karlsruhe um Rechtsbeistand betreffend der Fürsorge für den Zwangsdäling Heinrich Bang. Der Antrag geht dahin, die Petition für erledigt zu erklären.

Nächste Sitzung Mittwoch halb 8 Uhr. Tagesordnung Wahl des ständischen Ausschusses, Anträge und Petitionen.

© Karlsruhe, den 17. Juli 1912.

106. Sitzung der 2. Kammer.

Am Regierungstisch: Ministerialdirektor Weingärtner und Kommissäre.

Präsident Rohrbuch eröffnet halb 8 Uhr die Sitzung und schlägt vor, die Abgg. Dr. Zehner, Fehrenbach, Neumann, Rohrbuch, Weis und Kolb in den landständischen Ausschuß zu wählen. Das Haus ist damit einverstanden.

Es folgt die Begründung des Antrages der Sozialdemokraten, betr. die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der kleinen Kleinbauern durch die Ausbreitung des Großgrundbesitzes.

Abg. Dr. Frank (Sog.):

Wir haben in Baden keine Besitztitel. Doch konnte ich auf Grund mühsamer privater Ermittlungen feststellen, daß der Kleinbauernbesitz bei uns in steigendem Maße durch den Großgrundbesitz verdrängt wird. Die große Regierung hat die Pflicht, hier Klarheit zu schaffen. Die Gemeinden müssen über die volkswirtschaftlichen Nachteile des Aufkaufes von Bauerntum aufgeklärt werden. Schließlich müßte der Staat selbst mit seinen Mitteln eingreifen, um der Gefahr vorzubeugen. Es dürfte die Frage zu erörtern sein, ob nicht den Gemeinden in gewissen Bezirken ein Vorkaufsrecht einzuräumen sei.

Abg. v. Weingarten (Ztr.): Auch wir stehen auf dem Standpunkte, daß das Verschwinden des Kleingrundbesitzes zu bebauern ist. Wir können daher den Wunsch nach einer Enquete nur begründen.

Abg. Dietrich (nall.): Wir stimmen dem Antrage zu. Die Enquete muß sich natürlich auf den gesamten Großgrundbesitz erstrecken, nicht allein auf den Stammgutsbesitz.

Abg. Hummel (f. Vpt.): Das wichtigste nach Feststellung der Statistik wird sein, daß man Mittel sucht, um die weitere Abwanderung des Kleingrundbesitzes in die Hände des Großgrundbesitzes zu verhindern. Zu empfehlen wäre das gesetzliche Vorkaufsrecht der Gemeinden.

Ministerialdirektor Weingärtner sagt eine genaue Prüfung der Verhältnisse und im Anschluß daran entsprechende Maßnahmen zu. Die Regierung habe der Frage von jeher größte Aufmerksamkeit gewidmet. Es dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, um das seit der letzten Veröffentlichung angeammelte Material bekannt zu geben.

Abg. Dr. Zehner (Ztr.): Es wird Fälle geben, in denen der Anschluß kleiner Güter an den Großgrundbesitz volkswirtschaftlich ein Fortschritt ist.

Abg. Dr. Frank (Sog.) teilt diese Ansicht und bittet, die Statistik durch Erläuterungen zu ergänzen. Darauf wird der Antrag einstimmig angenommen.

### Hans Dampf in allen Gassen.

Erzählung von Heinrich Böckle.

(Fortsetzung.)

In allen Gassen.

Auf der hohen Schule hatte ihm dieselbe Lebhaftigkeit seines Geistes manche kleine Unannehmlichkeit verursacht, und von rohen Menschen zuweilen sogar Schläge. Doch nur gemeine Seelen lassen sich von irdischen Unfällen schrecken. Er blieb sich gleich. Erhaben über jeden Sturm des Schicksals und über die Schmerzen seines Nüdens, verfolgte er die erwählte Laufbahn, welche ihm unter seinen Mitschülern den etwas dunkeln und seltsamen Namen eines Stänkers erwarb, der aber auf dem Thron eines Weltbeherrschers mit Recht in den Beinamen des Großen verwandelt worden sein würde. Denn bekanntlich ist nichts an sich groß oder klein, sondern wird es erst durch Ort, Zeit und Umstände. Alexander der Große so gut als sein schwedischer Affe Karl der Zwölfte, Karl der Große so gut als sein forstlicher Nachahmer, jeder war zu seiner Zeit ein Hans Dampf in allen Gassen und spielte in den Leidensgeschichten der verschiedensten Nationen seine unvergeßliche Rolle, ohne dafür gefegnet zu werden.

Eben diese rege Schmetterlingshaftigkeit des Gemütes, dies überall sein und nirgends, dies alles in allem sein, zeichnete den edlen Jüngling nicht minder unter seinen Mitbürgern aus, als in der Fremde. Seine Mitbürger hatten ohnedem die Gewohnheit, etwas langsam zu denken und vorsichtig einherzuschreiten. Das Glück war ihm hold in allem. Kein Wunder, wenn die meisten Karlsruher ihn für eine außerordentliche Erscheinung in der Welt- und Menschengeschichte hielten und zuletzt alle Spiele des Zufalls für Werke seiner Kraft ansahen und Sachen auf die Rechnung seiner Vieltätigkeit schrieben, von denen er selbst gar nichts wußte.

Sobald er in die Vaterstadt zurückgekommen war, bemerkte man allgemein, daß er an Jahren, Verstand und Körper zugenommen hatte. Er ragte in der Tat um eines Kopfes Länge über die meisten seiner Mitbürger hervor,

und daher gab man ihm, zur Unterscheidung von anderen Gliedern des Dampfischen Geschlechtes, den Beinamen des Großen. Daß es auch eine Größe des Geistes geben könne, welcher sich ein Beinamen gebühre, kam keinem Valenburger in den Sinn; denn ein Geist hat weder Fleisch noch Bein.

Nach einigen Jahren, da der große und souveräne Rat der Stadt und Republik erneuert oder vielmehr nur ergänzt wurde, gelangte er durch Recht der Geburt in die Würde derer, welche die höchste Gewalt übten, Gesetzgeber des Staates waren und aus welchen diejenigen genommen zu werden pflegten, welchen man die höchsten Ehrenstellen erteilte.

Natürlich mußte es einem jungen, aufstrebenden Jüngling kein geringes Vergnügen sein, zu den Vätern des Vaterlandes zu gehören. Diese Benennung, die höchste und ehrenvollste, welche das erhabene Rom einst seinen vortrefflichsten Regenten gab und in neueren Zeiten die Kaiser ihren Großen beilegte, erteilten sich die Herren Ratsherren von Karlsruhe sowohl gegenseitig in feierlichen Reden, als in öffentlichen Verkündungen, selbst wenn sie etwa nur eine Fleisch- und Brottage bekannt machten. Bald nach dieser Standeserhöhung warf ihm das Glück noch die Würde eines Staatsbaumeisters der Republik zu.

Ich sage, das Glück. Denn mit Ausnahme der Konjunktur, welche vom geheimen Stimmenmehr in förmlicher Wahl abhing, wurden zu Karlsruhe ohne Ausnahme alle übrigen Ämter durch das Los verteilt. Diese vortreffliche Einrichtung verdient mit Recht bewundert zu werden. Denn nicht nur ward dadurch allem Entstehen von Faktionen und Parteien vorgebeugt, die in Republiken durch den Ehrgeiz der Bürger gewöhnlich veranlaßt werden, sondern die Ernennung empfing damit ein begehriertes Ansehen. Es waren nicht Menschen, es war der Himmel selbst, welcher durchs Los den Würdigsten bezeichnete. Nun geschah freilich nicht selten, daß dadurch ein Wegger Oberbürger, ein Barbier Oberpostmeister, ein Garlach Großschakmeister der Republik ward. Aber dies beförderte eine Mannigfaltigkeit der Geistesbildung, welche sonst nirgends leicht gefunden wird. Auch bewährte sich immerdar das alte

sinnvolle Sprichwort: wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand; ein Sprichwort, welches ursprünglich aus Karlsruhe stammt, wie jedermann weiß.

Hans Dampf war daher keineswegs verlegen, als er, der in seinem Leben kaum ein Kartenhäuschen gebaut hatte, Staatsbaumeister der Republik ward. Er übernahm die Aufsicht über die zwei öffentlichen Brunnen der Hauptstadt, über die Landstraßen der Republik, auf denen man ohne besondere Mühe am hellen Tage Hals und Bein brechen konnte und über sämtliche Staatsgebäude, wozu vornehmlich das Rathaus, die Schule und das Spritzenhaus gehörten, nebst Kirche und Pfarrwohnung.

Seine Jugend, sein Reichtum und die neuen Ehrenstellen machten ihn zu einer hochwichtigen Person im Staat. Alle Jungfrauen und Ritter von Karlsruhe dachten mit stiller Erwartung an ihn und Hans Dampf dachte natürlich auch an sie. Aber der Valenburger Göttingen waren so viel, daß die Wahl schwer ward, welcher er den Apfel zuwerfen sollte.

Er flatterte prüfend von Blume zu Blume umher. In allen Gassen nährte er eine kleine Liebchaft. Bald waren in Karlsruhe keine Bürgerstücker mehr, die nicht Anspüche auf das Herz dieses Alcibiades machen zu können meinten.

Hans Dampf. Vettern und Basen, da sie seine Unentschlossenheit sahen, traten endlich zusammen, über die Wahl der künftigen Frau Staatsbaumeisterin Rat zu halten. Man erwog die zu einer Heirat unentbehrlichsten Erfordernisse der Tochter des Landes, als da sind Vermögen und Familie. Und nach langem Bedenken, Forschen und manchen beseitigten Aber und Wenn fiel die Wahl der Vettern und Basen einhellig auf Jungfrau Rosina Pishan, einzige Tochter des Herrn Seckelmeisters der Stadt und Republik, Enkelin des vor zwölf Jahren selig verstorbenen Bürgermeisters der Republik, Verwandtin der angeesehenen und reichsten Häuser der Stadt und dabei selbst die reichste Erbin unter allen jetzt zu Karlsruhe blühenden Schönen.

Hans Dampf bemerkte freilich mancherlei gegen die Person dieser Auserwählten; allein wahrhaft Gründliches nichts. Sie war um zehn Jahre älter als er, aber sie war

Niffels taktische...  
 ehrende Ueberweisung...  
 den abnehmenden...  
 das Unterrichts...  
 Weisheiten aus...  
 die badischen...  
 die Petition emp...  
 neuernachsch...  
 wird angenommen...  
 über die Petition...  
 in dem Sinne, d...  
 angenommen...  
 Petition des...  
 in dem Sinne, d...  
 angenommen...  
 17. Juli 1912...  
 Weingärtner...  
 für die Sitzung...  
 enbad, Nebmann...  
 badischen Aussch...  
 der Sozialdem...  
 Lage der bad...  
 Großgrundbes...  
 Doch konnte...  
 en feststellen, d...  
 in Maße durch...  
 Regierung hat...  
 inden müssen...  
 lufes von Wane...  
 der Staat selbst...  
 vorzubringen...  
 den Gemeinden...  
 unen sei...  
 auf dem Stand...  
 undbestiges zu...  
 nach einer...  
 Anträge zu...  
 in Großgrundbes...  
 nach Feststellung...  
 t, um die weiter...  
 Hände des Gro...  
 are das gesetzl...  
 ne genaue...  
 man entspreche...  
 von jeder...  
 punkt gefom...  
 angeammelt...  
 geben, in denen...  
 dbeß vollst...  
 t und bittet, die...  
 angenom...  
 gibt, dem gibt...  
 es ursprüngl...  
 legen, als er...  
 änschen geb...  
 Er übernahm...  
 en der Haupt...  
 von denen man...  
 Hals und Bein...  
 gebäude, wozu...  
 das Spritzen...  
 neuen Ehren...  
 rson im Staat...  
 g dachten mit...  
 dachte natür...  
 tinnen waren...  
 er den Apfel...  
 e umher. In...  
 Bald waren...  
 die nicht An...  
 en zu können...  
 fassenheit sah...  
 der künftigen...  
 an erwoget die...  
 ie der Töchter...  
 Und nach...  
 eigtigen Aber...  
 e Tochter des...  
 Enkelin des...  
 rmeisters der...  
 und reichsten...  
 Erbin unter

Es folgen Berichte der Petitionskommission.  
 Abg. Rager (natl.) berichtet über die Petition der Gemein-  
 den Elmendingen und Dietenhausen um Staatsbeiträge zu den  
 Kosten der Wasserreinigung.  
 Der Antrag auf empfehlende Ueberweisung erledigt sich  
 durch die Erklärung des  
 Geheimrats Wiemer, daß Dietenhausen 1050 M., Elmendingen  
 7600 M. erhält.  
 Abg. Schmidt-Singen (natl.) erstattet Bericht über die  
 Petition des Verwaltungsrats der Kolonie Jgelsbach um Bewil-  
 ligung eines Staatsbeitrages zu einer Weganlage.  
 Antrag: empfehlende Ueberweisung wird angenommen.  
 Abg. Köhlstein (natl.) beantragt, eine Petition der frühe-  
 ren Gemeinde Darglanden in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu  
 überweisen, daß die Regierung im Benehmen mit der Stadt  
 Karlsruhe für Veseitigung bestehender Schwierigkeiten und  
 die Erfüllung der Eingemeindungsbedingungen (Straßenbahn)  
 Sorge trägt. Der Berichterstatter äußert bei dieser Gelegen-  
 heit den Wunsch, daß nur kurzfristige Konzessionen an Gesell-  
 schaften erteilt werden möchten.  
 Der Antrag findet Annahme.  
 Abg. Dr. Vogel-Rastatt (f. Vpt.) berichtet über die Petition  
 des Grund- und Hausbesitzervereins wegen Einführung des  
 Schuldenabzugs bei der Liegenschaftsbesteuerung.  
 Antrag: Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.  
 Abg. Dr. Vogel-Rastatt stellt weiter den Antrag, über die  
 Petition wegen Ermäßigung der Liegenschaftssteuer  
 zur Tagesordnung überzugehen.  
 Diesem Antrag wird gleichfalls zugestimmt.  
 Abg. Dr. Vogel-Rastatt berichtet schließlich über eine Peti-  
 tion des Grund- und Hausbesitzervereins wegen Aenderung  
 der Vorschriften über die örtliche Kirchensteuer.  
 Das Haus macht sich auch hier den Antrag auf Uebergang  
 zur Tagesordnung zu eigen.  
 Bezüglich des Bundes des Grund- und Hausbesitzervereins  
 Karlsruhe nach Errichtung einer städtischen Hypothekbank,  
 wofür Abg. Wiedemann (Ztr.) berichtet, wird Ueberweisung  
 zur Kenntnisnahme beschloffen. Die Kommission ist der Ansicht,  
 daß insbesondere der Bau von Kleinwohnungen durch billige  
 zweite Hypotheken gefördert werden soll.  
 Abg. Siegelmeier (Ztr.) berichtet über die Bitte des Ge-  
 meinderats Furtwangen um Uebernahme des Gebäudes der  
 großh. Uhrmacherlehre in das Eigentum des Staates.  
 Antrag: empfehlende Ueberweisung wird angenommen.  
 Abg. Wiedemann (Zentr.) hat zu berichten über die Peti-  
 tionen des badischen Vereins für Frauenstimmrecht, des badischen  
 Verbandes für Frauenbestrebungen und des katholischen  
 Frauenbundes betr. Aenderung des Einkommens- und Ver-  
 mögenssteuergesetzes. Der Antrag geht auf Ueberweisung als  
 Material und wird angenommen. Die Kommission brachte zum  
 Ausdruck, daß man von der Frauenstimmrechtsbewegung nicht  
 mehr achtlos vorübergehen könne.  
 Ferner werden erledigt: Die Petitionen der Gemeinden  
 Gersheim und Großrinderfeld betr. den Bau einer Wagen-  
 halle für die Motorpolsterbindung Würzburg-Tauberbischofs-  
 heim, die Petition der Mannheimer Staatsbeamtenvereine betr.  
 die Wohnungsverhältnisse und die Bitte des Betriebsaffizienten  
 Adolf Stober von Walsch um Vordatierung seiner eintägigen  
 Anstellung durch empfehlende Ueberweisung; die Petition des  
 Valentin Eppmayer in Ladenburg um Reichshilfe durch Ueber-  
 gang zur Tagesordnung. Die Petition des zumbelegten  
 Weidenschwärs Jakob Groß in Mannheim um Unterstützung durch  
 Uebergang zur Tagesordnung mit der Maßgabe, daß der Pen-  
 sion Untersuchung erhält, wenn er sich direkt an die Behörde  
 wendet. Die Petition der Witwe des Bahnhofsarbeiters Josef  
 Martin in Rodolfszell um Unterstützung durch Uebergang zur  
 Tagesordnung. Desgleichen die Petition des Wagenschneiders  
 Adam Koch in Heidelberg um Regelung seiner Gehaltsverhält-  
 nisse, die Petition des Bureaugehilfen Konrad Schum in Basel  
 um Wiederanstellung als Stationsvorsteher, wird durch Ueber-  
 weisung zur Kenntnisnahme erledigt.  
 Bezüglich der Petition des hiesigen Arbeiters Martin  
 Steger in Konstanz um Wiederaufnahme bei der Großh. Eisen-  
 bahnbauverwaltung wird Uebergang zur Tagesordnung beschloffen;  
 bezüglich der Bitte des Eisenbahnschaffners Peter Bühler in  
 Heidelberg in Betreff seiner Beförderung Ueberweisung zur  
 Kenntnisnahme, bezüglich der Petition des Schummanns a. D.  
 Karl Kaiser in Karlsruhe um Erhöhung seines Ruhegehalts  
 gleichfalls Ueberweisung zur Kenntnisnahme.  
 Abg. Wittenmann (Zentr.) stellt den Antrag, die Petition  
 des Landesverbandes badischer Bau- und Maurermeister um  
 Aenderung des § 29 der Landesbauordnung zur Tagesordnung  
 überzugehen.  
 Die Abg. Dieterle (Zentr.) und Kopf (Zentr.) bebauern  
 diese Stellungnahme. Der Kommissionsantrag wird mit  
 Mehrheit angenommen.  
 Der Präsident teilt mit, daß eine Reihe von Petitionen  
 nicht mehr zur Verhandlung kommen können, da sie zu spät  
 eingegangen sind.  
 Die Sitzung wird sodann unterbrochen.  
 Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 1 Uhr verliest

Minister v. Bodman eine Allerhöchste Botschaft, wonach die  
 Stände bis zum Herbst vertagt werden.  
 Die Mitglieder des Hauses haben sich von ihren Sitzen  
 erhoben.  
 Der Präsident schließt die Sitzung, indem er den Abgeord-  
 neten gute Erholung und frohes Wiedersehen im Herbst wünscht.

Karlsruhe, 17. Juli. Um halb 2 Uhr trat der landstän-  
 dige Ausschuss zu einer Sitzung zusammen.

**Badische Politik.**

**Erneute Gerüchte von einem Ministerwechsel.**

Das „Berl. Tagebl.“ will von einer Seite, die über  
 Stimmungen und Vorgänge in badischen Regierungskreisen  
 gut unterrichtet ist, erfahren haben, daß Minister v. Bod-  
 man „fallreif“ sei, da er des vollen Vertrauens des Groß-  
 herzogs sich nicht mehr erfreue. Das neue Regierungs-  
 programm sei das, welches Minister Dr. Böhm kürzlich in  
 der Zweiten Kammer gegen die Sozialdemokratie proklamirte.  
 Staatsminister v. Dusch, schon seit Jahren amts-  
 müde, habe bisher nur auf Wunsch des Großherzogs auf  
 seinem Posten ausgeharrt, um dann Herrn v. Bodman als  
 Nachfolger zu erhalten. Da letzterer nun gehe, könne sich  
 auch Herr v. Dusch in den Ruhestand zurückziehen. Es  
 wehe ein starker Wind von Norden. Im Gegenzug zu  
 seinem Vater, der im Ultramontanismus die größere Ge-  
 fahr erblickt, sei Friedrich II. lediglich gegen die So-  
 zialdemokratie eingestellt. Der Nachfolger v. Bod-  
 mans werde voraussichtlich der in Berliner und Karls-  
 ruher Hoffkreise beliebte Ministerialdirektor und Bundes-  
 ratsbevollmächtigte Dr. Friedr. Nieser sein, der Schwie-  
 gersohn eines der ersten badischen Industriellen.  
 Diese Gerüchte bringen nichts neues. Was sie sagen,  
 ist schon oft erzählt worden, braucht also auch diesmal  
 nicht wahr zu sein.

**Der Ritt des Freiherrn von Stöcking.**

Zum Ritt des Zentrumsbarons v. Stöcking in  
 gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung  
 schreibt die Mannheimer „Volksstimme“: Ein Zentrums-  
 parlamentarier von Staatsminister v. Dusch, der gewiß  
 weit genug rechts steht und von einem der höchsten richter-  
 lichen Beamten des Landes, dem Präsidenten des Verwal-  
 tungsgerichtshofes, als Minister der Rechte der Volks-  
 vertretung, als Außer zum Bruch der Verfassung und zum  
 Scherz, zu völliger Budgetlosigkeit und schließlich zur  
 Landtagsauflösung führenden Konflikte stigmatisiert, —  
 das ist am Schlusse der Landtagsession ein parlamentari-  
 sches Momentbild, in dem sich sozusagen die ganze politische  
 Situation des Landes in konzentrierter Zusammen-  
 fassung wieder spiegelt: hier die überwiegende liberale  
 Volksmehrheit, die, vertreten durch die Fraktionen der  
 Linken, im Landtag freigeitliche, fortschrittliche und von  
 modernem Geiste getragene Arbeit leistet, dort die Ver-  
 treter der reaktionären Minderheit, die, außer Stande, diese  
 Arbeit zu hemmen, ihr mit verhaltenem Grimm zusehen  
 und in ihrem Jorn nach böser Buben Art jede passende  
 und unpassende Gelegenheit zu unüberlegten und gefähr-  
 lichen Ausfällen benützen, die, da der Jorn bekanntlich ein  
 schlechter Berater ist, natürlich jedesmal mit einer schweren  
 Blamage endigen.  
 Die Bilanz der klerikalen Landtagsarbeit wird, je  
 länger die Session dauert, desto schlechter. Heute schon  
 stehen die Aktien der Firma Zehnter u. Co. so schlecht, daß  
 die Dividende, die im nächsten Spätjahr fällig ist, sehr  
 mager ausfallen dürfte.

**Presse- und Militärvereinsverband.**

Am letzten Sonntag hielt der Freisgau-Mili-  
 tärvereins-Verband in Freiburg-Jährigen seine  
 diesjährige Gauversammlung ab. Derselben wohnte  
 als Vertreter des Präsidiums des Landesverbandes der  
 bad. Militärvereine Oberst a. D. Tiergärtner bei.  
 Im Laufe der Beratungen ergriff Herr Tiergärtner das  
 Wort, um auf die durch die konstanzer Landesversamm-  
 lung bekannt gewordene Ausweisung der Vertreter der  
 Presse zu sprechen zu kommen. Der Herr hielt begreif-  
 licherweise alles, was das Präsidium in dieser vielerörter-  
 ten Angelegenheit tat, für richtig. Man kann ihm diesen  
 Standpunkt nicht verübeln, wenn man in der Lage ist, die

Auffassung eines außerdienstlichen Obersten in verschiede-  
 nen Fragen, die das bürgerliche Leben angehen, zu ver-  
 kennen. Daß aber Herr Tiergärtner sich außerdem in ver-  
 leßenden Ausfällen gegen die konstanzer Presse-  
 vertreter erging, ist ein Benehmen, das sicher überraschen  
 muß. Zu seiner Jähriger Rede sprach er von „Sprüchen“,  
 die die Pressevertreter gemacht haben sollen und behauptete,  
 die Geschichte sei unter Entstellungen an die große  
 Glocke gebracht worden und der Präsident des Verbandes  
 habe sich bei den Herren der Presse entschuldigt, obgleich  
 er gar keinen Grund zur Entschuldigung gehabt habe.  
 Die Presse habe die Sache durch Entstellungen der Tatsache  
 aufgebauscht, was in hohem Grade ungebührig sei.  
 Für das Landespräsidium sei die Sache festgestellt und  
 wir lassen uns in keine Polemik mehr ein; das wäre  
 „unter unserer Würde“.

Die „Freiburger Jtg.“ nahm in einem Artikel zu den  
 Ungehörigkeiten des Herrn Tiergärtner Stellung und fügt  
 ihrem Bedauern über das „taktvolle“ Auftreten dieses  
 Präsidiumsvertreters folgendes bei: „Das einzige er-  
 freuliche an dem Zwischenfall in Jährigen ist, daß  
 die Gauabgeordneten die Ausführungen des Präsidiums-  
 vertreter mit eigenem Schweißen anhörten und auch nicht  
 das geringste Zeichen des Beifalls zu erkennen gaben“.

**Der badische Staat als Streifsbrecher.**

Aus Strahburg i. E. schreibt man uns: „Aum haben  
 die Hafenarbeiter in Kehl die Arbeit niedergelegt, um  
 ihre nur zu berechtigten Forderungen zur Geltung zu  
 bringen und schon findet sich ein Ketten in der Not in der  
 badischen Bahnmeisterei. Die Großh. Badische  
 Bahnverwaltung hat es nämlich fertig gebracht, 15 ihrer  
 Arbeiter zum Streifbruch zu kommandieren. Die Rhein-  
 hafengesellschaft, die sonst keine Streifsbrecher bekommen  
 konnte, hat ein williges Ohr beim badischen Staate gefun-  
 den. Man sollte es kaum glauben, daß so etwas überhaupt  
 möglich ist, aber doch ist es so. Es ist ein Standal erster  
 Ranges. Der eigene Staat, der kräftige steuerzahlende  
 Bürger haben muß, wenn er überhaupt existieren will,  
 derselbe Staat fällt seinen eigenen Leuten in den Rücken.  
 Das ist unbegreiflich, höher geht es sicher nicht mehr. Die  
 badischen Arbeiter können und werden sich dieses merken.“  
 Wir hoffen, daß die maßgebenden Behörden die Ange-  
 legenheit untersuchen, denn es kann doch nicht Sache des  
 Staates sein, sich in dieser Weise in den Kampf der Arbeiter  
 ums tägliche Brot einzumischen.

**Die nationalliberale Halbheit**

kommt so recht zum Vorschein in einer Kontroverse der  
 „Bad. Landeszeitung“ mit dem „Bad. Beobachter“. Let-  
 zterer brachte vor einiger Zeit unter der Ueberschrift:  
 „Ignorantia locuta est“ (Die Unwissenheit hat  
 gesprochen) einen Artikel, der sich mit einer Ausführung  
 der „Landeszeitung“ über die christlichen Gewerkschaften  
 befaßte. Nun ist es ja richtig, die „Landeszeitung“ ver-  
 steht von gewerkschaftlichen Dingen wohl nicht viel, aber  
 darin hat sie recht, wenn sie sagt, daß in den sogenannten  
 „christlichen Gewerkschaften“ das katholische und Zen-  
 trumselement vorherrscht und daß deren behauptete „Neu-  
 tralität“ und „Unabhängigkeit“ nach dieser Seite hin sehr  
 in Frage gestellt ist. Tatsache ist einmal, daß die ange-  
 stellten Gewerkschaftsschriften, soweit sie katholisch sind,  
 eifrige Parteigänger des Zentrums und, soweit sie prote-  
 stantisch sind, eifrige Parteigänger des schwarz-blauen  
 Blocks sind. Beide haben auch bei der Finanzreform des  
 Schnapsblocks alle samt und sonders den Steuerraub auf  
 die Taschen des arbeitenden Volkes mit aller Kraft  
 unterstützt und, soweit sie im Reichstag saßen, für diese  
 famole „Finanzreform“ gestimmt. Keiner sprach aus.  
 Aber was logisch nicht zu begreifen ist, ist das, wenn  
 die „Landeszeitung“ am Schlusse ihres getrigen Artikels  
 schreibt: „Wir schließen die Diskussion über diese Sache  
 mit der nochmaligen Versicherung unserer Sympathien  
 für den christlich-nationalen Gewerkschaftsgedanken, aber  
 ebenso mit der wiederholten Warnung an die national ge-  
 sinnte Arbeiterschaft: Laß dich nicht vom Zentrumsmann  
 im „christlichen“ Gewande parteipolitisch umgarnen!“  
 Wir weisen darauf hin, daß beim christlichen Gewerkschafts-  
 tag, der am 23. Juni ds. Js. in Krißlach statt-  
 fand, auch der liberale Landtagsabgeordnete Dr. Koch  
 die „besten Wünsche“ der nationalliberalen Fraktion über-

die Enkelin eines Bürgermeisters. Sie trug geduldig einen  
 etwas unförmlichen Auswuchs auf dem Rücken, aber sie  
 hatte Geld. Sie war dazu so kleiner Gestalt, daß sie, ohne  
 die Hand hoch über den Kopf zu strecken, nicht einmal Arm  
 in Arm mit ihm durchs Leben wandeln konnte; aber er  
 konnte sich ja hücken oder mit gekrümmten Knien verlei-  
 nern.  
 Nachdem alles zum Vorteil der kleinen holden Rosine  
 entschieden, ward die Unterhandlung sogleich bei den Eltern  
 entfallen in aller Form eingeleitet. Hans Dampf ließ es  
 sich gern gefallen, daß man die Mühe für ihn übernahm.  
 Diese wurde mit dem besten Geld gekront. Der Tag er-  
 schien, da er selbst feierlich beim Herrn Seckelmeister und  
 der Frau Seckelmeisterin um die Hand ihrer Erbin anbal-  
 den sollte. Zu dieser wichtigen Handlung, die übrigens,  
 der Sitte gemäß, als ein stadtkundiges Geheimnis betrie-  
 ben ward, mußte der vornehmste Teil der beiderseitigen  
 Verwandtschaft eingeladen und ein glänzendes Abendessen  
 veranstaltet werden.  
 Hans Dampf konnte an dem bestimmten Tage kaum  
 den Abend erwarten und die zum Geheimnis des Festes  
 nötige Dunkelheit. Inzwischen freute sich die sämtliche  
 Bettern- und Vafenschaft nicht nur auf den Verlobungs-  
 schmaus, sondern auch auf die Ueberraschung der ganzen  
 Stadt am folgenden Morgen, wenn das Geheimnis laut  
 und Glückwunsch um Glückwunsch herbeiströmen würde.  
 Der Staatsbaumeister hatte sich schon am Morgen festlich  
 gekleidet und es tat ihm nichts so leid, als in diesem Putz  
 bis zur Nacht warten zu müssen. Seine Eitelkeit dachte  
 nebenbei an manche seiner Gefälligen und Spröden in der  
 Stadt, denen er gerne in seinem Schmutz noch als der  
 wahre Liebesgott von Valenburg erschiene wäre.  
 Um wenigstens einige Bewunderung einzunerten, wan-  
 derte er aus.  
 (Fortf. folgt.)

wird den dreißig Nationen, die an ihr beteiligt waren, wich-  
 tige Neuerungen vorschlagen, zu denen sie durch die „Titanic“-  
 Katastrophe veranlaßt wurde. Erstklassige Schiffe sollen in Zu-  
 kunft mindestens zwei Beamte für den drahtlosen Telegraphen  
 mit sich führen, um den Dienst Tag und Nacht zu versehen.  
 Schiffe zweiter Klasse sollen wenigstens die ersten zehn Minuten  
 jeder Stunde auf drahtlose Anrufungen lauschen. Schiffe drit-  
 ter Klasse, Fischerdampfer und dergleichen sollen nicht gezwungen  
 sein, einen regulären drahtlosen Dienst zu unterhalten. Die  
 Schiffe erster und zweiter Klasse, zu denen alle Ozeandampfer  
 gehören, sollen gezwungen werden, in Zukunft besondere elek-  
 trische Apparate einzuführen, die es ermöglichen, den Dienst  
 aufrecht zu erhalten, auch wenn die Tätigkeit im Maschinen-  
 raum ausgehört hat. Um Irrungen zu verhüten, wird vorge-  
 schlagen, daß die Funkensprüche eines in Not befindlichen  
 Schiffes in Zukunft allen anderen drahtlosen Dampfern vor-  
 gehen, so daß es tatsächlich Kontrolle über alle in der Nähe be-  
 findlichen Schiffe und drahtlosen Stationen haben wird. Alle  
 Beamten der drahtlosen Telegraphie auf Schiffen sollen nur  
 der Autorität der Kapitäne unterstellt werden und dürfen nur  
 seine Befehle ausführen.  
 Eine amerikanische Studentenkommision in Düsseldorf. Die  
 National-Strafenschuß-Gesellschaft in New-  
 York hat eine Kommission unter Führung des Colonel Edward  
 S. Cornell nach Europa geschickt, um die Verhältnisse in  
 Großstädten kennen zu lernen. Die Herren, die Paris,  
 London, Wien und Berlin bereits besuchten, staketen auch dem  
 Rhein, dem großen Verkehrsvermittler zwischen Süd und Nord,  
 zwischen Ost und West, einen Besuch ab und kehrten selbst-  
 reichend auch in Düsseldorf ein. Neben der Beobachtung der  
 hiesigen Verhältnisse ließen sich die Herren selbstredend  
 auch den Besuch der Städte-Ausstellung nicht entgehen, die ge-  
 rade auf dem Gebiete, das die Amerikaner hier in Deutschland  
 beobachten wollen, ein besonders lehrreiches Material bietet.

Eine eigenläutliche Sonderstellung nimmt unter den ver-  
 schiedenen transthaften Erscheinungen der Haarausfall  
 und als dessen Ergebnis die Gläse ein. Ganz  
 unauffällig und ohne sich im mindesten durch schmerzhaft  
 Empfindungen bemerkbar zu machen, lichtet sich der ursprüng-  
 liche Haarschwamm mehr und mehr, bis sich schließlich nach  
 längerer oder kürzerer Zeit, manchmal sogar überraschend  
 schnell, eine vollständige Gläse über den ganzen Oberkopf aus-  
 breitet. Im letzteren Fall hat sie eine gewisse Nützlichkeit  
 mit der Liebe: sie kommt, und sie ist da. Verfasser sucht nun nach-  
 zuweisen, auf welche Weise die Gläse entsteht und wie die Bil-  
 dung derselben zu verhüten ist, ebenso, was sich, wenn noch  
 Besserung möglich, tun läßt, um die Weiterausbreitung zu  
 hemmen. Die Lektüre des interessanten Büchleins kann emp-  
 fohlen werden.

Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. J. Bloch,  
 Administration Berlin W., Potsdamerstr. 121, die bekanntlich  
 alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 14. Heft ihres 18.  
 Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir  
 hervor:

Dr. Georges Weil: Parteiorganisation und politische  
 Aktion. Zur Reform des sozialdemokratischen Organisations-  
 status. — Balthasar Weingart: Rückblick auf die letzten eng-  
 lischen Wahlen. — Edmund Fischer: Genossenschaft und  
 Massenkampf. — Max Schippel: Die Parteierziehung in Ame-  
 rika. — Dr. Aug. Erdmann: Der katholische Gewerkschaftsstreit  
 und das Zentrum. — Adolf Heppner: Alkoholprohibition und  
 Sozialismus. — Dr. Hans Betge: Ueber Rodin den Zeichner.  
 — Politik von M. Schippel. — Genossenschaftsbewegung von  
 G. David. — Sozialwissenschaften von Dr. E. Schmidt. — Ge-  
 schichte von R. Kampffmeyer. — Bildende Kunst von L. Stern.  
 — Landwirtschaft von Dr. A. Schulz. — Verkehr von F. Linke.  
 Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg. Pro Quartal (6-7  
 Hefte) 3 M. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, auf jeder  
 Postanstalt, bei allen Kolporturen, in den Kiosken, sowie direkt  
 vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Potsdamerstr.  
 121 h, Berlin W. 35. Zufendung unter Kreuzband oder in ge-  
 schlossenem Kuvert. Probehefte stehen auf Verlangen jeder-  
 zeit kostenlos zur Verfügung.

**Literatur.**

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeit-  
 schriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)  
 Haarschwund und Gläse, Haarschwund und Kopfbedeckung,  
 Kopfarbeit und Gehirnfällämie. Von Dr. med. R. Meyer.  
 (Preis 0,40 M.) Hof-Verlag Edmund Demme, Leipzig.

**Kleines Feuilleton.**

Sicherheitsdienst auf hoher See. Die internationale Kon-  
 fferenz für Drahtlose Telegraphie, die eben in London tagt,

brachte, trotzdem die ganze Veranstaltung von A bis Z eine reine Zentrumsache war. Wer nicht glaubt, der lese die Ausführungen der Zentrumsredner Diözesanpräses Dr. Rehbach, Landtagsabg. Reinhardt, Arbeitersekretär Maier, Diözesanpräses Dr. Jauch, Gewerkschaftssekretär Franzenberg, Redakteur Rödlach, Gewerkschaftssekretär Erling, Abg. Schmidt-Karlsruhe usw. Soweit auch protestantische „Christen“ sich an der Komödie in Kirchloch beteiligten, taten sie es nur aus Liebe zur schwarz-blauen Bruderschaft.

Wir fragen: Was hat ein nationalliberaler Abgeordneter bei einer solchen Gesellschaft zu suchen? Die „Landeszeitung“ soll doch nicht glauben, daß trotz ihrer befundenen „Sympathie“ auch nur ein Brocken für den Liberalismus bei dem ganzen christlich-nationalen Demagogemänner abfällt. Die Nationalliberalen wollen eben in ihrer bedauernswerten Hilflosigkeit überall Birnen pflanzen und in ihrer Halbheit merken sie gar nicht, daß sie sich damit nur lächerlich machen.

**Aus dem Landtag.**

Gemäß des Artikels 4 des Gesetzes vom 31. Dez. 1881 über die Verfassung und Verwaltung der Amortisationskasse und Artikel 5 des Gesetzes vom 10. Sept. 1842 über die Errichtung der Eisenbahnschuldentilgungskasse hat der Großherzog gestern am Tage der Landtagsberatung den Landständischen Ausschuß zu einer Sitzung einberufen. Dieselbe fand in den Räumen der Ersten Kammer statt und beschäftigte sich mit der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung der Rechnungen der Amortisationskasse und der Eisenbahnschuldentilgungskasse für das Jahr 1911.

Nach einer Mitteilung der Petitionskommission, der Budgetkommission, der Beamtenkommission und der Kommission für Eisenbahnen und Straßen an das Präsidium der Zweiten Kammer konnten 14 Petitionen, weil zu spät eingekommen, nicht mehr beraten werden. Unter diesen Petitionen befinden sich die Gesuche der Handelskammer Freiburg wegen Verringerung des Bierenergiegesetzes; des Verbandes der Vereine mittlerer badischer Staatsbeamten, den Vollzug des Staatsvoranschlags betreffend; des Ausschusses für die Bahnverbindung Billingen—Tittsee mit Erbauung dieser Bahn; des Gemeinderats und Eisenbahnkomitees Kullendorf, sowie von Vertretern badischer, württembergischer und bayerischer Städte und Gemeinden und sonstiger Interessenten um Erbauung einer Bahn von Schradenreute nach Gattingen; des Gemeinderats Donauehringen, sowie der Schwarzwälder Handelskammer in Billingen um Erbauung einer Bahn von Schaffhausen nach Schrenningen.

**85 Jahre Gefängnis und Zuchthaus für die Bergarbeiter im Ruhrgebiet.**

Seit dem Streik der Ruhrbergleute sind jetzt drei Monate ins Land gegangen. Diese Zeit war eine Periode bester Konjunktur für die Streikjustiz. Zu Tausenden wurden ihr von der Polizei, von Bechenverwaltungen und von christlich-gelben Denunzianten die Streikführer in die Arme getrieben. Geradezu fieberhaft wurde auf den Land- und Amtsgerichten des Industriebezirks gearbeitet, um des reichen Segens Herr zu werden. Die Flut der Anklagen ebbt langsam ab — die Mühlen der Justiz klappern schon langamer. Wenn das Denunziantengefindel nicht mehr allzuviel Terrorismandate in seinem Gedächtnis entdeckt, dann können die Gerichte im nächsten Monat mit den Streikanklagen fertig werden. Die Sonderkammern für Streikergehen wurden bereits aufgehoben, die noch schwebenden Fälle werden in die gewöhnlichen Sachen eingereiht.

Die Strafmaße für die Streikführer haben sich in letzter Zeit etwas gemildert. Während im März und April jede einfache Beleidigung von Streikführern, etwa durch das Wort „Fui“ mit 2 bis 6 Wochen Gefängnis belegt wurde, wird jetzt für solche Vergehen nur noch auf — allerdings hohe — Geldstrafen erkannt. Vielleicht ist den Richtern selbst ein Grauen angekommen über das Resultat ihrer Rechtsprechung. Die Zahl der gefällten Urteile und die Summe der verhängten Strafen muß riesengroß sein. Die Tageszeitungen berichten nur unvollständig über die Gerichtsverhandlungen gegen Streikende. Eine lückenlose Richterstatistik war ihnen ja auch gar nicht möglich. Die Landgerichte von Bochum und Dortmund mit ihren Sonderkammern verhandelten fast täglich in mehreren Sälen, und die Verdictkammer konnten eben nicht überall sein. Daneben waren noch die Landgerichte in Essen, Duisburg und Münster mit Streikanklagen beschäftigt; in Essen und Duisburg waren sogar Schwurgerichte zur Verurteilung der vielen Anklagen zusammengetreten. Außerdem befanden sich alle Amtsgerichte des Industriebezirks mit Streikprozessen, so außer den genannten Orten noch die Amtsgerichte in Herne, Buer, Castrof, Steele, Langendreer, Recklinghausen, Lüdenscheid, Anna und Wattenscheid.

Einen schwachen Begriff von den Leistungen all dieser Gerichte in der Beurteilung von Streikführern gibt nachstehende kleine Zusammenstellung. Sie ist gewonnen aus den Verhandlungsberichten verschiedener Zeitungen im Industriegebiet, soweit sie verfolgt werden konnten. Vollständig ist diese traurige Statistik auf keinen Fall. Einmal kamen ja die Verhandlungsberichte nicht alle in die Presse, dann ist es aber auch leicht möglich, daß ein Teil der veröffentlichten Gerichtsberichte übersehen wurde. Dennoch ist die Zahl der festgestellten Urteile und die Summe der Strafen entsetzlich hoch. Bis zum 10. Juni ergeben sich nach den lückenhaften Feststellungen Verteilungen:

	Männer	Frauen	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Geldstrafe M.
In Bochum	163	63	38	1	10	5	4022
In Dortmund	176	56	23	—	11	4	5056
An and. Orten	161	47	23	9	2	3	2591
Zusammen	510	166	85	3	2	5	11669

Nicht Mörder und Räuber haben diese 85 Jahre Freiheitsstrafen abzubüßen, sondern brave Arbeitsleute, die nur etwas mehr Brot für sich und ihre Kinder haben wollten. Gutwillig bekamen sie es nicht, also haben sie es den schwerkriegenden Kohlenhewern durch gemeinsame Arbeitseinstellung abtrotzen wollen. Das wurde ihnen von den Streikbrechern bereitet. Die 676 Verurteilten haben nichts weiter verbüßt, als daß sie jene Arbeitswilligen zur

je nach dem Temperament durch Ermahnung, durch Schimpfworte, durch Drohungen, in vereinzelt Fällen allerdings auch durch Handgreiflichkeiten. Die wenigen Gewalttätigkeiten, die vorgekommen sind, haben eine furchtbare Strafe nach sich gezogen. Ein Arbeiter erhielt dafür 3 Jahre Zuchthaus, zwei andere je 2 Jahre Gefängnis, weitere zwei je 1 Jahr und 3 Monate. In keinem Falle — das muß hervorgehoben werden — haben Streikende ein Menschenleben auf dem Gewissen. Fünf Menschen wurden allerdings während des Streiks getötet. Aber nicht von streikenden Arbeitern sind sie erschlagen worden — sie fielen von den Revolverkugeln der Polizei und eines „christlichen“ Arbeitswilligen. Drei der Opfer sind, wie es amtlich heißt, in der Notwehr getötet worden, die anderen zwei durch eigenes Verschulden und unglücklichen Zufall. Den Tätern dürfte kaum etwas geschehen; die Untersuchung wird ihre Straflosigkeit schon ergeben.

Den Bergleuten und allen andern Arbeitern hat der Streik und der nachfolgende Justizfeldzug eindringliche Lehren erteilt. Wer die Macht hat, auf dessen Seite steht das Recht. Wenn die Arbeiter ihr Recht wollen, müssen sie sich die Macht verschaffen. Sie ist zu erlangen durch die Einigkeit, durch die Organisation. In den Arbeitern selbst liegt es, diese Lehren in die Tat umzusetzen. Je früher sie es tun, desto geringer werden die Opfer sein, die sie im Kampfe um ihr Recht bringen müssen.

**Erwerbt das bad. Staatsbürgerrecht!**

**Aus der Partei.**

Sparverein zum Ausbau der Parteipresse. In Mülhausen im Elsaß wurde ein „Sparverein Solidarität“ gegründet, der den Ausbau der Parteipresse zum Zweck hat. Jedem Arbeiter ist es ermöglicht, bei 50 Pf. Beiträgen Mitglied der genossenschaftlichen Uniondruckerei zu werden. Die Zuspitzung der Klassenengegenseite bringt eine Verschärfung der Kämpfe und bedingt den Ausbau der Parteipresse. Die Neugründung zeigt, mit welcher Energie die Parteigenossen Mülhausens und Umgegend das Ziel, ihr Kampforgan zu stärken, verfolgen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Anerkennung der Tätigkeit eines sozialdemokratischen Stadtverordneten. In Auerbach i. S. beschloß nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ das Stadtverordnetenkollegium, den sozialdemokratischen Stadtverordneten Heinrich Müller, der seit 37 Jahren ununterbrochen dem städtischen Kollegium angehört, anlässlich seines 70. Geburtstages und in Anerkennung seiner hohen Verdienste um die Stadt Auerbach durch Errichtung einer Heinrich Müller-Stiftung mit einem Stiftungskapital von 2500 M. zu ehren.

Nun werden die Reaktionsäre wieder geistern über die nach deren Ansicht mit Blindheit geschlagene bürgerliche Mehrheit des Auerbacher Stadtrats.

Ein unberufener Ankläger. Es ist noch in frischer Erinnerung, daß die Göttinger Druckerei- und Zeitungsverlage vom Stuttgarter Genossen Weimeyer, der gar nichts mit den Sanierungsbestrebungen zu tun hatte, im Verein mit Karl Nadel in einigen Parteiblättern in unerhöht gefährlicher und wahrheitswidriger Weise dargestellt wurde. Der württembergische Landesvorstand, der Parteivorstand und die Ulmer Parteigenossen wurden verdächtigt, als ob es ihr vornehmster Zweck gewesen wäre, den Göttinger Parteigenossen „ihre Blätter zu nehmen“ und ein „revisionistisches“ Blatt aufzudrängen. Karl Nadel war vom Redakteur der Freien Volkszeitung, Gen. Dr. Thalheimer, als Stellvertreter während dessen Ferien von Berlin herangezogen worden. Obgleich er zu der württembergischen Parteibewegung nie irgend welche weitere Beziehungen hatte, als daß er vom Gen. Weimeyer einmal mit der Ehre eines Vortrags in einer Stuttgarter Parteiverammlung beehrt worden war, traf man ihn in allen internen Sitzungen, die zur Besprechung vorwiegend geschäftlicher Fragen abgehalten wurden, und hier führte er als „Vertreter des Gen. Thalheimer“ oder als „Vertreter der Göttinger Genossen“ das große Wort. Von allen ihm in den Kram passenden Aufzeichnungen machte er sich Notizen, die er sofort mittels Durchschreibvorrichtung vervielfältigte und die dann von Weimeyer und ihm selbst zu Schmähartikeln auf wahrheitswidriger Grundlage verwendet wurden. Das ging soweit, bis schließlich die Vertreter des Parteivorstandes sich veranlaßt sahen, die Beteiligung an weiteren Verhandlungen unter Anwesenheit Nadels abzulehnen.

Trotzdem und trotz des brieflichen Widerspruchs des Parteivorstandes setzte Weimeyer in einer von 900 Parteigenossen (aus denen W. in den ihm dienstbaren Parteiblättern 2000 machte) besuchten Stuttgarter Parteiverammlung bei zahlreichen Stimmenhaltungen mit schwacher Mehrheit durch, daß Nadel über die Göttinger Zeitungsfrage referierte, wobei er dann wiederum die unhaltbarsten Beschuldigungen erhob. Von der stark gelächelten Versammlung ließ er sich durch Resolution „für die mutige Erfüllung der parteigenössigen Pflichten“ den Dank ausdrücken. Die Art der interimsistischen Redaktionsführung Nadels ließ bei den berufenen Göttinger Genossen auf den schärfsten Widerspruch und als er schließlich von einer Reize nach Berlin zurückgekehrt, die Rotationsmaschine zum Stillstand bringen wollte, weil eine fein und Weimeyers Treiben zurückweisende Erklärung der Göttinger Parteinstanzen in die betr. Nummer der Freien Volkszeitung Aufnahme gefunden hatte, zeigte ihm der Leiter der Göttinger Vereinsdruckerei, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Auch jetzt noch setzte Nadel im Verein mit Weimeyer seine Anklagen wegen „Vergeltung“ der Göttinger Genossen fort, er verlangte im letzten Moment von Gmund ein Mandat zur Göttinger Parteiverammlung, auf der er mit Weimeyer erschien, die ihm aber das Mandat aberkannt, weil er nicht im Wahlkreis organisiert ist. Auf die Frage, ob und wo er Parteimitglied sei, gab Nadel ausweichende Antworten. Die von Nadel aufs frivoleste angegriffenen Ulmer Genossen haben nun auf Grund einstimmigen Versammlungsbeschlusses nähere Erkundigungen über die Parteizugehörigkeit Nadels eingezogen. Wie die „Donau-Wacht“, unser Parteiorgan, jetzt mitteilt, ist von den zuständigen Parteinstanzen die Antwort eingelaufen, daß Nadel in dem für seinen Wohnort zuständigen Wahlverein nicht als Mitglied der Partei geführt wird, und da auch nicht bekannt sei, daß Nadel anderswo in der Partei organisiert ist, müsse angenommen werden, daß er überhaupt nicht organisiertes Mitglied der Partei sei.

Es sei dieser Feststellung nur noch die Tatsache angefügt, daß Nadel sich berufen fühlt, die Reichstagsrede des Parteivorstehenden Saage zu den Äußerungen in der Bremer Bürgerzeitung als ungenügend zu zensurieren.

**Gewerkschaftliches.**

Zu den Beratungen über den Reichstaxtarif im Schneidergewerbe wird uns noch folgendes gemeldet: Auf der Konferenz in Erfurt legten die Unparteiischen den Vertretern des Unternehmerverbandes und der Arbeiterverbände nachstehende Bedingungen als Grundlage für einen zu schaffenden Reichstaxtarif vor:

1. Ab 1. März 1916 sollen alle einzelnen Tarifverträge zu einem Reichstaxtarifvertrag zusammengefaßt werden, der bis zum letzten Februar 1920 unter Ausschaltung aller Streits und Ausperrungen gelten soll. Wenn nicht drei Monate vor Ablauf eine Kündigung erfolgt, so soll der Reichstaxtarif jeweils auf ein Jahr weiter laufen.
2. In der Zeit bis zum 1. März 1916 besteht die seitherige Handlungsfreiheit.
3. Zur Vorbereitung des Reichstaxtarifvertrags soll eine einheitliche Regelung der Ertragsarbeiten und der sonstigen im § 22 des Generalvertrags benannten Fragen tumlicht erzielt werden. Hierbei ist der Arbeitgeberverband gehalten, folgende Mindestforderungen zu gewähren:
  - a) die Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht übersteigen;
  - b) Rournntien sind systematisch nach Maßgabe der darauf verwendeten Zeit zu bezahlen;
  - c) Zuschläge für Heimarbeit werden grundsätzlich als berechtigt anerkannt;
  - d) vorchriftsmäßige Betriebswerkstätten sind zu fördern;
  - e) Ertragsarbeiten sind systematisch nach Maßgabe der darauf verwendeten Zeit zu bezahlen;
  - f) Doppeltarife sind einzuführen und allmählich zu beseitigen;
  - g) für Uniform- und Damenschneiderei ist ein Lohn-tarifvertrag zu schaffen. Zur Beratung und Feststellung wird eine Spezialkommission aus Vertretern sämtlicher Vertragsparteien zusammengetreten.
4. Wird über die Fragen zu 3 eine Einigung bis 1. Jan. 1916 nicht erreicht, so ist die Angelegenheit längstens bis 15. Januar 1916 einem Kollegium von drei Unparteiischen zu unterbreiten, welches auch berechtigt ist, einen Schiedspruch zu fällen. Dieser Schiedspruch unterliegt der Beschlußfassung der Vertragsparteien, dieselbe hat längstens bis 1. Februar 1916 zu erfolgen.
5. Die Tarifverträge, welche bis 1. Dezember 1915 gekündigt worden sind, sind in entsprechender Anwendung der Grundzüge zu 4 zu behandeln.
6. Bezüglich der in den Jahren 1912, 1913 und 1914 gekündigten Verträge werden die Termine unter 4 um 15 Tage verlängert.

Diese Vorschläge, die die einzelnen Verbände ihren Verbandstagen unterbreiten werden, werden nicht unerheblich von dem Antrage des Arbeitgeberverbandes ab, der bekanntlich verlangt hatte, daß alle von den Hauptvorständen übernommenen und fernhin abzuschließenden Tarifverträge ein einheitliches nationales Tarifverhältnis üben und daß dem von den Hauptverbänden durch diesen Vertrag zusammengefaßten Tarifmaterial der Charakter des örtlichen Tarifinhalts gewahrt, jedoch ausdrücklich vereinbart wird, daß eine Kündigung einzelner Ortstarife nicht möglich ist. Der wichtigste Unterschied zwischen dem Antrage des Arbeitgeberverbandes und den Vorschlägen der Unparteiischen besteht darin, daß nach den Vorschlägen der Unparteiischen zunächst die in Ziffer 3 genannten Fragen geregelt werden sollen, während die Unternehmer den Tarif abschließen wollten, ohne daß diese für die Arbeiter wichtigsten Fragen überhaupt geregelt sind.

Die Vertreter der Arbeiterverbände erklärten, daß sie den Vorschlägen nicht unsympathisch gegenübersehen. — Die endgültige Entscheidung liegt bei den Verbandstagen. Der Verbandstag des Zentralverbandes der Schneider und Schneiderrinnen findet am 11. August in Köln statt; die Unternehmer versammeln sich bereits einige Wochen vorher.

Kellnerstreik in Frankfurt a. M. Schon seit einiger Zeit herrscht bei den Kellnern des Café Hauptstraße Unzufriedenheit, sowohl bei den Zahlkellnern wie auch bei dem Zuträgerpersonal. In der Hauptfrage verlangen die Zahlkellner den Wegfall der 3 Prozent, die sie aus den Einnahmen an den Besitzer resp. Pächter zu entrichten haben, ferner sind alle mit der Behandlung unzufrieden. Es fanden Unterhandlungen zwischen Kellnerpersonal und dem Pächter des Café statt, die aber zu keinem Ergebnis führten. Daraufhin stellten gestern nachmittags 1 Uhr alle Zahlkellner und Zuträger, etwa dreißig Mann, die Arbeit ein. Der Vorfall erregte allgemeines Interesse, da er sich an dem verkehrsreichen Ort sehr bemerkbar machte, großes Aufsehen. In einem benachbarten Lokal versammelten sich die Kellner, um einen Bericht über den Verlauf der Angelegenheit entgegenzunehmen und weitere Maßnahmen zu beraten. Zugut ist jedenfalls streng fern zu halten.

Achtung, Metallarbeiter! In vier großen Werken der Düsseldorf Metallindustrie, dem Stahlwerk Oeding u. G. Gebr. Jöben, Fittingswerk, Woeite u. Cie., Fittingswerk, und dem Wägenwerk 1 der Firma Böhmig u. G. sind Differenzen ausgebrochen, welche in allen 4 Werken zur Niederlegung eines Teiles der Belegschaft geführt haben. In den ersteren 3 Werken handelt es sich um die Verlängerung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden die Woche, während auf dem Werk der Böhmig u. G. die Dreher sich in einem Wochestreik befinden, welcher die Firma veranlaßt hat, eine Ausperrung der übrigen Arbeiter anzubringen. 50 Prozent der im Werk beschäftigten Arbeiter haben die Kündigung schon erhalten. Die beteiligten Unternehmer machen zum Teil große Anstrengungen, Arbeitswillige in allen Teilen Deutschlands zu finden. Zugut ist daher streng fern zu halten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Düsseldorf.

**Soziale Rundschau.**

Mit der Uebernahme der Schullasten auf den Staat beschäftigte sich die württembergische zweite Kammer in mehreren Sitzungen. Grundtätig liegt in Württemberg die Deckung des Schulaufwandes den Gemeinden ob. Zahlreiche ärmere Gemeinden sind längst nicht mehr in der Lage, die Lasten zu tragen, auch die aus der Staatskasse ihnen gewährten Beiträge helfen ihnen nicht aus der Not. Vielfach sind sie nicht einmal imstande, die gesetzlichen Mindestleistungen der Volksschule durchzuführen. Im Jahre 1907 legte unsere Landtagsfraktion auch eine Resolution im Sinne der Uebernahme der Schullasten auf den Staat durch. Nunmehr war Stellung zu nehmen zu einer Regierungsentskizze, die sich gegen die geforderte Reform erklärte. Obgleich der Bund der Landwirte, der 1907 wenigstens für die Abwälzung der persönlichen Schullasten auf den Staat zu haben war, jetzt wieder zur Zentrumsfraktion zurückkehrte, entschied sich die Kammer doch mit einer Mehrheit von zwei Stimmen für den Grundsatz, daß der Staat für die Kosten der Volksschule aufzukommen habe, und forderte die Regierung auf, die schrittweise Uebernahme der jetzt von den Gemeinden getragenen Lasten in die Wege zu leiten. Die Mehrheit bestand aus den Nationalliberalen, den Volksparteilern und den Sozialdemokraten. Unsere Genossen machten in der Debatte besonders den Gesichtspunkt geltend, daß die ganze Volksschule, und namentlich ihre Gleichwertigkeit innerhalb der einzelnen Gemeinden, beim jetzigen Zustand rot leidet.

Kommunalpolitik.

Bühlertal, 17. Juli. Am 13. d. M. fand bei uns die Gemeinderatswahl statt, bei der die Waldmichelpartei unter dem Protektorat des Herrn Pfarrers Sester ein Fiasko erlitt. Die Liberalen erhielten 6 Sitze, das Zentrum dagegen mit knapper Not 4 Sitze. Den langjährigen Gemeinderat Schofer ließen die Schwarzgen über die Klinge springen, da er, wie die Herren vom schwärzen Stad sagen, noch nichts für sie getan habe und seinen Glauben an den heiligen Waldmichel nicht richtig bekenne. An Hebe und Verdächtigungen fehlte es auch bei dieser Wahl nicht. So konnte man die Gemeinheit hören, daß nur ein Faulenzer und Lump Sozialden Krat sein könne. Bei diesen Leuten ist Gerechtigkeit und Achtung gegenüber dem Gegner ein unbekanntes Wort. Bei ihnen ist der Kritiker, der da oder dort einen Fehler konstatiert, ein Lump, Faulenzer und verständnisloser Feind. Nur solche sind ihnen angenehm, die rücksichtslos auf die Gegner schimpfen und dieselben verdächtigen.

Aus dem Lande.

Stellingen. — Freie Turnerschaft. Am kommenden Sonntag hält die Freie Turnerschaft im „Reichsadler“ ihr Gartenfest, verbunden mit turnerischen Aufführungen, Konzert, Glücksrad und Preisfesten ab. Hierzu sind die hiesigen Brudervereine und Gönner und Freunde der Freien Turnerschaft freundlichst eingeladen. Da die Freien Turner stets betreibt sind, ihren Gästen einige frohe Stunden zu bereiten, so wäre ihnen auch diesmal ein zahlreicher Besuch zu gönnen.

Offenburg. — Die Bürgerausführung am letzten Montag hatte 7 Punkte zu erledigen. Der erste Gegenstand betrifft die Verbesserung des Rittweges zum neuen Krankenhaus und Lagerplatz und Einlegung eines Tiefkanals in denselben, was einen Aufwand von zusammen 7150 M. erfordert. Der Stadtbaukommissionar empfiehlt die Vorlage. Stadtv. Haberer (Soz.) führte aus, man könne die Vorlage noch zurückstellen, bis das neue Oberrealschulgebäude erstellt ist, was jedenfalls auch die Herstellung der Schillerstraße erfordert. Der Ausbau des Realschulgebäudes könnte zur Ausfüllung des Rittweges Verwendung finden und so weit der Weg zum Krankenhaus erforderlich, die Waldbachkorrektur zusammen vorgenommen werden. Es könnte dann alles auf einmal erstellt werden, statt an der Straße etwischenmal herumzudokern. Stadtv. Müller (Zentr.) ist ebenfalls für Zurückstellung der Vorlage. Der Vorliegende betont, daß dann die Waldbachkorrektur nicht länger zu umgehen sei, weil der Waldbach eine andere Linie erhalten würde und für die Stadt mit erheblichen Kosten verknüpft wäre. Stadtv. Böhler (Zentr.) wünscht solange zugunsten, bis die Erwerbung des Geländes erledigt ist. Die Vorlage wurde dann mit Mehrheit angenommen.

Der zweite Gegenstand betrifft die Herstellung von Tiefkanälen in der unteren Hauptstraße, Blumen-, Ofen- und Poststraße mit einem Aufwand von 21000 M., wovon die Hausbesitzer 15000 M. und die Stadt noch 5700 M. zu tragen hätten. Ein Antrag, welcher den Widerstand der Hausbesitzer fallen lassen wollte, wurde bekämpft und die Vorlage mit allen gegen 8 Stimmen angenommen.

Der dritte Gegenstand: Die Anstellung des Akteurs Sänger an Stelle des Rangassistenten Schwarz erhielt ebenfalls Zustimmung.

Punkt 4 betrifft die Genehmigung der Satzungen für die Oberrealschule, welche auch eine Erhöhung des Schulgeldes mit sich bringt. Der Stadt erwächst durch die Oberrealschule ein Mehraufwand von 5500 M., während ihr durch die Erhöhung des Schulgeldes für die untersten 5 Klassen auf 72 M., die 4 obersten Klassen auf 96 M., eine Mehreinnahme von 10500 M. zukommt. Stadtv. Haberer (Soz.) spricht gegen die Erhöhung des Schulgeldes, weil dadurch manchem Arbeiter und kleinen Beamten für ein Schüler eine Mehrausgabe von 19 bis 30 M. jährlich erwachsen und erklärte, daß die Sozialdemokraten prinzipiell gegen Erhöhung von Schulgeld sind. Er wünscht Auskunft darüber, wie viel auswärtige Schüler die Realschule besuchen. Der Vorliegende bemerkt, daß 180 auswärtige Schüler in Betracht kommen und, wenn der Bürgerauschuß die Schulgelderhöhung ablehnt, damit auch die Satzungen ablehnt und wir keine Oberrealschule erhalten, weil die Regierung eigentlich die Sätze fürs Schulgeld festsetzt. Haberer (Soz.) gab dann die Erklärung ab, daß er und seine Freunde den Satzungen zustimmen werden, jedoch prinzipiell gegen die Erhöhung des Schulgeldes sind. Die Vorlage wurde dann bereits mit allen Stimmen angenommen.

Punkt 5 und 6 betreffen die Erweiterung des Stromnetzes und Ausbau des Elektrizitätswerks, sowie eine weitere Umformierung, was einen Aufwand von 21000 M. erfordert. Die Schuldentwerte sollen der Stadt weitere Kraft liefern und soll ein neuer Vertrag zustande kommen. Stadtv. Schweitzer (Zentr.) hält die Sätze für den Strom zu hoch und wünscht, daß man nochmals unterhandelt, und bedauert die Mißterwerblichkeit der Willhüter Mühlenwerke. Stadtv. Eitwein (Soz.) wünscht nur langfristige Verträge, weil auf dem Gebiet der Elektrizität immer neue Erfindungen zu Tage treten. Die Aktiengesellschaften wollen eben nur Geld von der Stadt verdienen, was aber durch Erweiterung unseres Werkes in der Stadt bleiben kann. Der Vorliegende bemerkt, die Willhüter Werke waren zu teuer und ein billiger Preis von der Schuldertgesellschaft sei ausgeschlossen, worauf die Vorlage angenommen wurde.

Der letzte Gegenstand betraf die Verstärkung der Garnison durch Zuteilung einer Maschinenfabrikkompanie. Die Stadt muß die Kasernen erbauen und bekommt von der Militärverwaltung 6 Prozent Zins. Der Kostenpunkt wird 15741 M. für Erwerbung von Grundstücken und 98650 M. für Neubauten erforderlich. Nach kurzer Besprechung, wo sich die Zentrumsleute noch bewilligungsfähiger als die Liberalen zeigten und noch ein Probiantamt wünschten, wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die freie Turnerschaft erhielt jetzt die städtische Genehmigung, ihre Turnstunden in der Notturnhalle der Knabenrealschule abzuhalten. Jetzt muß es an den freien Turnern liegen, ihre Reihen zu stärken. Man kann jetzt, wie es viele Arbeiter getan, nicht mehr mit der Ausrede kommen, in einem Bezirksratsratel tun man nicht. Die Notturnhalle ist sehr schön eingerichtet.

Anfall. Herr Kulturinspektor Roth hier stürzte gestern abend um 9 Uhr am Bahnhofs hier die Treppe nach der Unterführung hinunter und brach einen Fuß. Außerdem hat er sich am Kopf leichtere Verletzungen zugezogen. Er wurde mittels Kraxelbühne in seine Wohnung gebracht.

Den Konturs hat der Fahrrad- und Nähmaschinenhändler Desplenschläger am 15. Juli angemeldet. Weitere sind noch in der Schwebe. Das ist scheint augenblicklich modern.

Zinkenheim, 16. Juli. Einer armen Einwohnerin, Mutter von drei unehelichen Kindern, wurde in der vergangenen Nacht die einzige Kuh aus dem Stalle gestohlen. Von dem Täter hat man bis jetzt keine Spur.

\* Brühl, 16. Juli. Im Rhein wurde gestern abend eine männliche Leiche, die nur mit Badehosen bekleidet war, gelandet. Die Leiche dürfte schon etwa 4 bis 5 Wochen im Wasser gelegen haben.

\* St. Leon, 16. Juli. Beim Turnen verunglückte kürzlich ein 15 Jahre alter Turngöngling. Er stürzte vom Redab und verletzte sich dabei den Arm. Es trat eine Blutergiftung ein, welcher der junge Mensch erlag.

\* Werra, 16. Juli. In einem Hotel in Basel kehrte vor wenigen Tagen eine aus Baden zugereiste Dame mit einem etwa 6 Monate alten Kinde ein und bezog dort ein Zimmer. Gegen abend entfernte sich die Frau mit der Angabe, sie wolle ihr Gepäck an der Bahn holen. Sie kehrte seitdem nicht mehr zurück. Nach den Umständen ist anzunehmen, daß sie das Kind ausgehakt hat. Die Polizei sorgte für die Unterbringung des Kindes.

\* Mannheim, 16. Juli. Oberhalb der Friedrichsbrücke wurde heute früh die Leiche des beim Baden im Neckar ertrunkenen unbekanntem 14—16 Jahre alten Burschen gelandet und in die Leichenhalle auf dem Friedhof verbracht. Die Leiche wurde als die des Tagelöhners Rigenberger von Heidelberg anerkannt. — In einem Fabrikantenbesitz bei der Fabrikation hier wurde ein 22 Jahre alter Fabrikarbeiter beim Waschen einer Gießform von der Kurbel eines Lauffahrs, der ihm zu bedienen oblag, so an die Stirne getroffen, daß er einen Schädelbruch erlitt. Schwerverletzt wurde er in das Allgemeine Krankenhaus verbracht, wo er abends 6 Uhr starb.

\* Mannheim, 17. Juli. Die Leiche des beim Baden ertrunkenen 19jährigen Gymnasialisten Pöhl von Speyer wurde gestern abend bei der Oberdosen Brücke in Rheinau gelandet. Die Leiche wird nach Speyer überführt.

\* Mannheim, 16. Juli. Die Leiche der am 9. Juli oberhalb Mundenheims in den Rhein gesprungenen und ertrunkenen 18 Jahre alten Frida Fischer wurde gestern früh unterhalb Mundenheims im Rhein gelandet.

\* Reimen, 17. Juli. Der seit mehreren Tagen vermischte Jakob Treiber von hier wurde im Waide tot aufgefunden. Er hatte sich erhängt.

\* Seidelberg, 17. Juli. Am Zollhof brach heute nacht ein Waldbrand aus. Es wurde ein großer Bestand von etwa 60jährigen Forsten zerstört.

Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 18. Juli.

Jugendauschau.

Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden erlucht, heute abend 8 Uhr im Nebenzimmer der „Wacht am Rhein“ sich einzufinden. Da ein Spaziergang vorgelesen ist, wird um pünktliches Erscheinen gebeten. Gleichzeitig sei auf den am kommenden Sonntag stattfindenden Tagesausflug nach dem Eichelberg aufmerksam gemacht. Die Abfahrt findet morgens 7 Uhr statt. Das Fahrgeld beträgt 55 Pf.

Vorlage an den Bürgerauschuß. Der Stadtrat machte dem Bürgerauschuß eine Vorlage, mit welcher beantragt wird, daß die Stadtgemeinde Karlsruhe mit einem aus Grundstücken zu befreienden Aufwand von 20000 M. hundert Geschäftsteile der Gartenstadt e. G. m. b. H. erwirbt.

Mittheilung. Gestern abend gegen 8 Uhr geriet ein dicht vor der Drechselschleife stehender Garbenwagen plötzlich in Brand. Durch rasches Eingreifen der umstehenden Personen, die den brennenden Wagen rasch zur Seite beförderten, wurde weiteres Unheil verhütet. Wie der Brand entstand, ist bis jetzt nicht bekannt.

Vom Verein gegen Haus- und Straßendiebstahl wurden im Monat Juni an durchreisende Handwerksburschen 499 Unterstellungen verabschiedet.

Selbstmordverdacht. Eine hier wohnhafte ledige Dirne, die sich am 16. Juli mit einem fahnenflüchtigen Dragoner in den Rhein verhaften lassen wollte, wurde von der Polizei gefangen und in die Polizeistation gebracht.

Anfall mit Todesfolge. Am 20. Juni führte der 22 Jahre alte Schneider Rob. Wächle in einer hiesigen Badeanstalt einen Kopfsprung aus, stieß dabei mit dem Kopf auf den Boden des Bassins und zog sich eine schwere Kopfverletzung zu, an deren Folgen er gestern früh 10 Uhr im hiesigen städtischen Krankenhaus gestorben ist.

Starke epileptische Anfälle erlitt gestern nachmittags ein Schaffner aus Weingarten in der Kriegsstraße hier. Er wurde zunächst nach der Polizeiwache Wendelsplatz und von dort nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

30jähriges Stiftungsfest des Arbeitervereins „Harmann“ Karlsruhe. Ein neuer Beweis des Solidaritätsgedankens unter den Arbeiterjüngern ergab das Einladungsprogramm zur Teilnahme an dem Stiftungsfest und Bannerweihe obigen Vereins. Ueber 20 Vereine mit 14—15000 Sängern von Karlsruhe und Umgebung sowie aus der fröhlichen Pfalz werden in Karlsruhe erscheinen, um Zeugnis abzulegen von der fortschreitenden Entwicklung des Arbeitervereins. Das Fest selbst findet am 8. Oktober im kleinen Festhalle statt und ist folgendes Programm aufgestellt: Morgens halb 11 bis 1 Uhr Bannerweihe und Festkonzert des festgebenden Vereins, nachmittags von 3 Uhr ab Konzert der Gastvereine; abends findet Ball statt. Das Programm und die Liederterge werden in einem Festbuche vereinigt, das zu einem niedrigen Preis abgegeben wird und für die ganze Veranstaltung als Eintritt gilt. Diejenigen Brudervereine, welche auf die Einladung noch keine Antwort geben, mögen dies sobald wie möglich nachholen, damit die Vorarbeiten erledigt werden können.

Stadtgartenkonzert. Der gestrige sogen. billige Abend hatte wieder seine volle Anziehungskraft ausgeübt. Es herrschte ein Massenbesuch. Der Garten gewährt aber auch wirklich an den heißen Abenden einen angenehmen Aufenthalt. Die Musik stellte die 14er Feldartillerie-Kapelle unter der Leitung des Herrn Obermusikmeisters L. E. Herr Riese hatte ein vorzügliches, sogen. internationales Programm, zusammengestellt. 12 Staaten waren mit Liedern oder Märchen vertreten, Holland, Frankreich, Schweiz, Spanien, Deutschland, Schweden, Italien, Rumänien, Rußland, Oesterreich, Amerika und Norwegen. Die Kapelle spielte ausgezeichnet, jedoch der Beifall ein stürmischer, oft nicht endemöglender war. Herr Riese quittierte die stürmischen Kundgebungen mit einer Anzahl Dreingaben.

Stadtgartenkonzert. Heute abend findet die Wiederholung der Operette „Alt-Wien“, die gestern ihre Premiere erlebte, statt. Für Freitag ist eine Aufführung der „Schönen Helena“ vorgesehen. Die Direktion ersucht uns, mitzutheilen, daß die Saison wahrscheinlich am 1. August geschlossen wird und ersucht die Besucher von Dupendarien, dieselben bis dahin tunlichst zu benutzen.

Neues vom Tage.

Opfer der Hitze. Brüssel, 17. Juli. In den letzten Tagen sind 8 Personen an Hitzschlag gestorben.

Vom Schlachtfelde der Arbeit. Gagen i. B., 18. Juli. Gestern nachmittag ist in Deistern das Gerüst einer im Bau begriffenen Eisenbahnbrücke eingestürzt. Fünf Arbeiter wurden schwer, einer lebensgefährlich verletzt.

Das Bootsunglück auf dem Bodensee. Rorschach, 17. Juli. Von den im Bodensee ertrunkenen 16 Personen sind drei weitere Leichen gefunden worden. Bei der Beobachtung ist eine starke Erregung gegen die Unzulänglichkeit der Rettungssaktion beim Umkippen der beiden Boote.

Schweres Badunfall. Zürich, 17. Juli. Ein schweres Badeunfall hat sich gestern im Kanton Solothurn ereignet. Drei Knaben badeten unterhalb des Maschinenhauses des Elektrizitätswerkes an der Leich. Plötzlich bestimten die Knaben und wurden anscheinend leblos stromabwärts getrieben. Gleichzeitig sah man viele tote Fische an die Oberfläche kommen. Als man die Knaben fand, waren alle drei tot. Die Untersuchung ergab, daß in der elektrischen Kraftleitung Störungen eingetreten waren und daß der Strom seinen Weg durch das Wasser in das Flußbett genommen hatte. Dadurch wurden die Knaben getötet.

Letzte Nachrichten.

Auch die Pfälzer Lehrer rühren sich. Aus der Pfalz, 17. Juli. Es gärt auch in den katholischen Lehrervereinen in der Pfalz. Der „katholische Lehrerverein der Pfalz“ hat auf morgen eine außerordentliche, geschlossene Mitgliederversammlung nach Neustadt a. S. einberufen mit der Tagesordnung: Stellungnahme zur Gehaltsfrage. Auch wenn diese Versammlung beziehungsweise hinter verschlossenen Türen abgehalten wird, so ist man zur Annahme berechtigt, daß das Zentrum doch und vielleicht gerade dabei nicht „zu kurz“ kommt, wie dies ja auch neulich bei einer Ludwigshafener katholischen Lehrerverammlung der Fall war, die unter der Parole: Wir wählen nie mehr Zentrum! tagte. Auch die Mitglieder des katholischen Lehrervereins wollen Brot statt Zentrumssteine oder richtiger: statt der „Frankensteine“.

Begnadigung.

Berlin, 17. Juli. Rittergutsbesitzer Beder, der im Malhahn-Prozess zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war und die Strafe in Freungesheim verbüßt, wird am Samstag aus der Haft entlassen werden. Die Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei will ihm einen freundschaftlichen Empfang bereiten, ebenso Deputationen aus Darmstadt und Worms, wo Beder für den Reichstag kandidierte.

Die Generalausperrung in Zürich.

Zürich, 17. Juli. Die Staatsanwaltschaft hat den Präsidenten der Arbeiterunion, Lehrer Böschstein, sowie drei Gewerkschaftssekretäre verhaften lassen; sie stehen unter der Anklage der Anstiftung zum Aufruhr. Eine umfangreiche Ausweisung von Ausländern steht bevor; man spricht von über 200, die ausgewiesen werden sollen.

Zu den Vorgängen im ungarischen Parlament.

Budapest, 17. Juli. Wegen des bekannten Zwischenfalles in der letzten Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses haben 73 oppositionelle Abgeordnete gegen den Präsidenten Tisza, einen Polizeioffizier und zwei Polizeibeamte Strafanzeige wegen Gewalttätigkeiten gegen Abgeordnete erstattet. Das Material geht Mitte August dem Budapester Strafgerichtshof zu.

Vom französischen Dockarbeiterstreik.

Paris, 17. Juli. In Dünkirchen versammelten sich gestern abend an 3000 ausländische Dockarbeiter und Seeleute vor der Arbeitsbörse, wo ein Vertreter des revolutionären allgemeinen Arbeiterverbandes eine heftige Rede gegen die Regierung und die Schiffahrtsgesellschaften hielt. Ein Polizeikommissar, der dem Redner Schweigen gebot, wurde mit Steinen beworfen, worauf Gendarmerie und Dragoner mit blankem Säbel in der Hand auf die Menge einritten, die auf die Soldaten Flächen und Pfastersteine schleuderten, jedoch nach kurzem Widerstand auseinanderstob. Acht Ausländer wurden durch Säbelschläge verletzt, darunter zwei sehr schwer. Auch mehrere Soldaten und Polizisten erlitten Verletzungen.

Dükkirchen, 17. Juli. Nach Schluß der Versammlung in der Arbeitsbörse wollten die ausländischen Dockarbeiter und Seeleute gestern abend eine zweite Versammlung auf einem öffentlichen Platz in der Stadt abhalten, sie wurden aber von den Truppen daran verhindert. Es kam zu ersten Ruhestörungen. Verittene Schutzmannschaft mußte schließlich mit der blanken Waffe vorgehen. Mehrere Ruhestörer gerieten unter die Hufe der Pferde, andere wurden durch Säbelschläge verletzt; auch einige Schutzleute trugen Verletzungen davon. Die Ruhe ist gegenwärtig wieder hergestellt. (Man sieht aus diesen beiden Notizen, wie „Ruhestörungen“ fabriziert werden. D. Red.)

Wasserstand des Rheins.

18. Juli. Schutterinsel 2.44 m, gef. 3 cm, Rehl 3.18 m, gef. 3 cm, Magau 4.74 m, gef. 2 cm, Mannheim 4.00 m, gef. 3 cm.

Vereinsanzeiger.

Kleinheimbach. (Soz. Verein.) Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unsere diesjährige Generalversammlung am Samstag abend, den 20. Juli, punkt 8 Uhr, im Gasthaus zum „Osten“ (Saal) stattfindet. Es ist zu erwarten, daß alle Mitglieder in der Versammlung erscheinen, da die Tagesordnung sehr wichtig ist. Auch die Agitation für Gewinnung von Mitgliedern darf bis dahin nicht vergessen werden. 684

Gaggenau. (Arbeitergefangenverein Freiheit.) Am Samstag, den 20. Juli, findet unsere vierteljährliche Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht der aktiven sowie passiven Mitglieder, zu erscheinen. Anfang halb 9 Uhr im Vereinslokal zur „Post“. 679

Offenburg. (Soz. Verein.) Samstag, 20. Juli, abends punkt halb 9 Uhr, im „Anker“ Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Neuwahl der Verwaltung, 3. Schulfrage, 4. Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung. Vollständiges Erscheinen der Genossen und Genossinnen Ehrensache. 681

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an unserm schmerzlichen Verluste sagen wir unsern tief empfundenen Dank. Insbesondere danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Rhode und das Leichenbegängnis seiner Lehrer und Mitschüler sowie der Geschäftsleitung der Firma Braun u. Cie. und seinen Lehrmeistern.

Karlsruhe, den 16. Juli 1912.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
G. Sohn und Familie.

### Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Karlsruhe.

Sonntag den 21. Juli findet unser diesjähriger **Verbands-Ausflug**

statt. — Abfahrt vom Hauptbahnhof 5<sup>30</sup> Uhr früh nach Mchern (M. 1.10), von dort zu Fuß nach Sasbachwalben, Gaisbühl, Briggittenschloß, Breitenbrunn auf die Hornisgründe und an den jagenunterbeneen Mummelsee. Von Ottenhöfen aus Heimfahrt (M. 1.55). Mundvorrat ist mitzunehmen. Die Gehzeit ist ungefähr 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden.  
Wir erüchten die Kollegen sich an diesem herrlichen Schwarzwaldausflug recht zahlreich zu beteiligen.

Der Vorstand.

# Schuhwaren- Saison- Ausverkauf

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Einzelne Sorten sind bis auf



# 50%

herabgesetzt,

also weit unter dem Einkaufspreis.

Einige Beispiele unserer Ausnahmepreise:

**Damenstiefel** und Halbschuhe, moderne Formen, schwarz u. braun  
jetzt 5.25 5.75 6.25 6.75 usw.

**Herrenstiefel** in verschied. Ledersorten und modernen Formen  
jetzt 5.75 6.75 7.50 8.50 usw.

**Sandalen** zu aussergewöhnlich billigen Preisen!  
**Kindersiefel**  
**Hausschuhe**

Schuhhaus

# H. Stern

Kriegsstrasse 24 dem Hauptbahnhof gegenüber.

## Pfannkuch & Co

### Zur Einmachzeit!

Benühtet noch unsere billigen Zuckerpreise in nächsten Tagen erfolgt Aufschlag.

### Hut-Zucker

am ganz. 25 Pfg.  
Hut Pfd. 25 Pfg.  
offen 26 Pfg.  
Pfund

### Crystall

Pfund 25 Pfg.  
Zentner 24.75  
Orig. 49.50  
Sad

### Randiszucker

Pfund 36 Pfg.

### Sämtl. Gewürze

in frischer Ware

### Salizyl.

### Würfel-Zucker

Pfd. 27 Pfg.  
netto 1.35.  
5 Pfund-Paket

### Monopol-Einmachessig

Pasteurisiert. — Keimfrei.  
Nur verschlossen in Flaschen von 1 Liter und Korbflaschen von 5 Liter an.

Preis per Liter 30  
— Einmachanweisungen gratis. —

## Pfannkuch & Co

# Billige Wäsche

Während des Inventur-Verkaufs ein grosser Posten leicht angestaubter

## Wäsche zu aussergewöhnlich herabgesetzten Preisen

Ferner auf sämtliche Artikel Doppelte Rabatt-Marken oder 10%

# J. Schneyer

Werderplatz  
Filiale:  
Rheinstr. 48.

### Neuer Kaiserhof

Gartenstraße (gegenüber der Patronenfabrik) Jeden Dienstag und Freitag Schlachttag  
wozu freundlichst einladet  
Georg Dreher.

### Erntestricke

(Garbenbänder) bei 500 Stück das Hundert zu 1.60 Mk. feurig gefärbt mit Patentschließer bei mehr billiger.

### Zuger und Filialen

### Stadigarten-Theater.

Direktion: G. Hagin. 19. Vorstellung.  
Donnerstag, 18. Juli 1912, abends 8 Uhr  
Novität! Zum 2. Male!

### Alt-Wien.

Operette in 3 Akten von Gustav Stabelburg und Julius Wilhelm. Musik nach Motiven von Josef Lanner von Emil Stern.  
Kasseneröffnung 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

### Holzkoffer Reisekoffer Handtaschen Anzugkoffer Damentaschen Rucksäcke Kofferhaus

Geschwister Lämmle 51 Kronenstr. 51.

Millionen-Artikel. Nebengewandte Herren und Frauen gel. für einzig dastehenden Kissenartikel, den jede Hausfrau kaufen muß. Verdienst 10-20 Mark täglich. Muster geg. 30 Pf. in Briefmarken. Neuheiten-Verlag Nos, Freiburg i. B.

## Pfannkuch & Co

### Ein Waggon Westindische

# Bananen

feinste ausgereifte Früchte

Pfund 30 Pfg.

solange Vorrat

im ganzen Strang brutto für netto

Pfund 24 Pfg.

## Pfannkuch & Co

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen

Verkaufe fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauen-Kleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacher-Werkstatt.  
Frau Streckfuß Durlacherstraße 79.

Schuhmacher-Maschine, gut erhalten, ist zu verkaufen. Luisenstraße 34. Stb. 2. St.

Ofen, Grude-Ofen, Herde Gasherde, Küchen- und Haushalts-Artikel  
kauft man immer noch am besten und billigsten bei

**Ernst Marx,** Luisenstraße 45.

Kinderkistenwagen, blau erhalt. mit neuem Verbed, ist billig zu verkaufen. Beiertheim, Gebhardstr. 35, 4. Et.

## Pfannkuch & Co

### Salat-Öl

Liter 90 Pfg. an

## Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen

**Theater.**  
 Hagin.  
 lung.  
 Juli 1912,  
 Uhr 660  
 a 2. Male!

**Vien.**  
 n von Gustab  
 lius Wilhelm.  
 en von Josef  
 mit Stern.  
 7 1/2 Uhr.  
 e neg. 11 Uhr.  
 8868

**er**  
**ffer**  
**ehen**  
**ffer**  
**aschen**  
**ke**  
**haus**  
 Lämmle  
 nstr. 51.

**Artikel.**  
 Herren und  
 inzig dastehen  
 den jede Haus-  
 s. Verdienst  
 glich. Muster  
 markten. Ren-  
 nos. Frei-  
 654

# Wenn der Schweiß Dir von der Stirne rollt, Mensch - dann trinke Apfel-Gold!

**H. Kohlwes**  
 Amalienstr. 25 a

**Geschw. Hauenstein**  
 Wilhelmstr. 30

**Geschw. Feibelmann**  
 Rheinstr. 34 a

empfehlen  
**Sutzzucker**

per Pfd. 25 Pfg.

**Crytall**  
 per Pfd. 25 Pfg.

**Würfelzucker**  
 per Pfd. 26 und 27 Pfg.

**Anisebranntwein**  
 per Str. 75 Pfg.

**Cinmach-Cyfig**  
 (Mit Weingeschmack)  
 per Str. 15 Pfg.

**Neue Zwiebeln**  
 per Pfd. 8 Pfg.

**Zitronen**  
 per Stück 4, 5 und 6 Pfg.

**Fliegenfänger**  
 (Pyramiden, die besten Marken)  
 per Stück 4 Pfg.

**Simbeerfaft**  
 (Ersatz, Marke „Beerenblut“, gesüßl. gesüß., bester als  
 Himbeer syrup) in einigen Tagen eintreffend: 681  
 per Pfd. 55 Pfg.

## Steinhauer

für sofort gesucht.  
**Heim & Gerstner**  
 688 Hirschstraße 1.

### Schlafzimmer

eigen imitiert, mit Jantarfen,  
 sehr schön und gut gearbeitet,  
 um den billigen Preis von  
 M. 245. - zu verkaufen.

### Heinrich Karrer

Lagerhaus und Möbelhandlung,  
 Viktorstr. 19. 688

### Sehr billig zu verkaufen:

Waschkommode 8 M., Nach-  
 tisch 4 M., zweischläfrige eiserne  
 Bettstelle mit dreiteil. Kopfkais-  
 matratze 25 M., besserer stüchen-  
 Tisch 4 M., Gasherdtisch 2 M.,  
 Franz. Bett, Galeriesangen,  
 Serbierisch, Kinderliegewagen  
 Brennabor, wie neu. Ferner  
 mehrere neue Samtquimmigütel  
 m. eleg. Schließen, St. 70 Pfg.  
 Seidenamt Damenhandtaschen  
 St. 1.50 M., bessere Korsetten,  
 spottbillig. Die Sachen sind  
 vom Geschäft übriggeblieben.  
 658 Viktorstr. 17. part.

### Echten deutschen und französischen

## Cognac

echt. Rirschwasser  
 " Zwetschgenschwefel  
 " Tresterbranntwein  
 " Gefenbranntwein  
 Steinhäger zc.  
 diverse Liköre, offen  
 und in Flaschen, sowie  
 im Ausschank empfiehlt  
**Wilhelm Mayer**  
 Schützenstr. 39, beid. Schule  
 Bestellungen frei ins Haus.

**Sig- u. Liegewagen**, sehr  
 erhalten, ist billig zu verkaufen.  
 Luisenstr. 36, Stb. 2. St. r.

**Russen,** sowie sämtliche Küchenkäfer  
**Schwaben,** vertilgt man sicher  
 114 und schnell mit

Streudosen à 60 Pfg. erhältlich in folgenden Drogerien: W. Baum, Jul. Dehn Nachfg., Otto Fischer, M. Hofeinz,  
 Ant. Kintz Nachfg., Otto Mayer, Fr. Reis, Carl Roth, Max Strauß, Gebr. Vetter, Th. Walz, P. Vogel, Durlach.

## Räumungs-Verkauf!

Mein diesjähriger Räumungs-Verkauf

beginnt Donnerstag den 18. Juli.

Fabelhaft billig werden abgegeben:  
 etwa 30 Herren-Anzüge welche teilweise nicht  
 mehr in ganzen Sortimenten vorhanden sind,  
 teilweise nicht mehr weiter geführt werden,  
 ebenso eine Anzahl Burschen- u. Knabenanzüge.

## Sämtliche Sommer-Kleider

gebe von jetzt an

zu solch niederen Preisen ab

dass es sich empfiehlt, solche zu kaufen, auch  
 wenn nicht gerade unbedingt Bedarf vorliegt.

Auf sämtliche Artikel, auch auf die im Preise bedeutend  
 heruntersetzten

Doppelte Rabattmarken od. 10% in bar

**L. Gretz, Schneidermeister**

Marienstrasse 27. 688

**Zirpilin** Erfolg  
 garantiert.

Streudosen à 60 Pfg. erhältlich in folgenden Drogerien: W. Baum, Jul. Dehn Nachfg., Otto Fischer, M. Hofeinz,  
 Ant. Kintz Nachfg., Otto Mayer, Fr. Reis, Carl Roth, Max Strauß, Gebr. Vetter, Th. Walz, P. Vogel, Durlach.

# Sommer-Räumungs-Verkauf!

Gelegenheitskäufe zu auffallend billigen Preisen in allen Abteilungen!

## Damenstrümpfe

- Damenstrümpfe, engl. lang, Baumwolle, schwarz u. Lederf. ohne Naht . . . Paar **35**
- Damenstrümpfe, engl. lang, Ia. Baumwolle, schwarz u. Lederf., nahtlos . . . Paar **48**
- Damenstrümpfe, engl. lang, mit und ohne Laufmaschen, mod. Strassenfarben . . . Paar **55**
- Damenstrümpfe, engl. lang, Ia. Macco, ohne Naht, schwarz und lederfarbig . . . Paar **68**
- Damenstrümpfe, engl. lang, durchbrochen, aparte Muster, mod. Farben . . . Paar **75**
- Damenstrümpfe, engl. lang, mercerisiert, bester Seidenersatz, aparte Farben . . . Paar **95**

## Herrensocken

- Herrensocken, maccofarb. ohne Naht, Doppel-Ferse und Spitze 3 Paar **95**
- Herrensocken, baumwolle, Lederfarben, nahtlos . . . 3 Paar **1.20**
- Schweisssocken, Ia. wollgemischt, grau, ohne Naht . . . 3 Paar **1.35**
- Herrensocken, mercerisiert, bester Seidenersatz, aparte Farben **65**
- Herrensocken, Ia. Flor, mit eleg. Längsstreifen . . . Paar **95**
- Herrensocken, Ia. Flor, aparte Farben und elegant bestickt . Paar **1.20**

## Trikotagen

- Direktore-Beinkleider für Damen, Flor mercerisiert, bester Seidenersatz Paar **2.95**
- Damen-Combination gestrickt, mit Ausschnitt, o. Aermel Stück **2.65**
- Trikot-Untertailen für Damen, mit reichem Spitzenbesatz . . . Stück **95**
- Herren-Garnitur, Jacke und Beinkleid aus bestem Material . . . **3.45**
- Kinder-Sweater-Anzüge, mit Ausschnitt . . . Stück **2.95, 1.85**
- Grosse Auswahl in Herren-Einsatzhemden zu Extra-Preisen.

## Handschuhe

- Damen-Halbhandschuhe Jacquard, 12 Kn., schwarz u. weiss Paar **35**
- Damen-Fingerhandschuhe durchbr., 2 Druckkn., schwarz und weiss . . . Paar **38**
- Damen-Halbhandschuhe Perfilet u. Jacquard, 12 Kn., schwarz und weiss . . . Paar **48**
- Damen-Fingerhandschuhe Jacquard, 12 Kn., schwarz u. weiss Paar **68**
- Damen-Fingerhandschuhe Perfilet, 12 Kn., schwarz und weiss Paar **95**
- Herren-Florhandschuhe Ia. Qualität . . . Paar **1.10**

## Billige Schuhwaren

- Schnürstiefel schwarz, Cromleder, 17-22 . . . **1.10**
- Schnür- und Knopfstiefel Chagrindleder, 17-22 . . . **1.35**
- Kinderstiefel, breite Form sol. Ausfüh. 25-26 **3.40**, 21-24 **2.90**
- Kinderstiefel, mod. breite Form, mit u. ohne Lackkappe, 27-30 **4.35**, 31-35 **3.85**
- Knabenstiefel mit Agraffen breite Form mit Lackkappe 36-40 **4.85**
- Herrenstiefel breite Form mit u. ohne Lackkappe, auch Derbyschnitt . . **5.85**

- Herrenstiefel braun Box- leder, breite Form, Derbyschnitt . **6.90**
- Herrenstiefel breite bequeme Form, für leidende Füße **8.90**
- Damenstiefel, braun und schwarz, Gr. 36, 37, 41, 42 Serie II **5.85**, Serie I **4.65**
- Damenstiefel, br. u. schw., Chev. u. Boxe, m. engl. u. hoh. Absatz, (früh. Pr. b. 12.50) **8.65**
- Damen-Halbschuhe, schwarz, Derby, mit Lackkappe, mod. Form, m. Pressfalt **4.85**
- Damen-Halbschuhe Schnür und Knopf, neueste Form . **6.35**

## Billige Herrenartikel

- Farbige Oberhemden Percal, m. fest. Mansch., **4.85, 3.85, 2.75**
- Farbige Oberhemden, Percal und Zefir, mit losen Manschetten . St. **5.45** und **4.50**
- Sporthemden Ia. Flanell mit losen Kragen, St. **4.85** und **2.85**
- Sporthemden Ia. Zefir, mit losen Kragen . Stück **3.85**
- Sporthemden Ia. Panama, weiss und beige, Stück **4.50**
- Sporthemden für Knaben, Flanell, mit festem Kragen . Stück **2.45, 2.25, 1.85**

- Weiche Sportkragen weiss und beige . Stück **60** und **45**
- Herren-Waschwesten schöne Muster zum Ausschneiden Stück **4.85 3.85 2.85**
- Selbstbinder breite und schmale Fasson Stück **45**
- Selbstbinder, nur schöne Muster, breite Formen . . Stück **65**
- Selbstbinder, hochaparte, neueste Farben, breite eleg. Fassons Stück **95**
- Selbstbinder, Reine Seide, schwer Qualität regulär dopp. Wert . . . Stück **1.45**

### Handarbeiten

Rechte Hände einzelne Läufer, Decken, Kissen in russ. Leinen, Aida und nord. Wollstoff, angefangen u. mit Material, 25 bis

**40%**

Geschwister

# KNOPF

### Handarbeiten

Russenkittel und Kleidchen mit **15%**  
Abschnitte und Coupons in Aida- stoff, für eine Tisch- decke . . . Coupon **2.75**

## Fahrradhaus „Frisch-auf“

Tel. 3196 Adlerstr. 8. Filiale Karlsruhe Adlerstr. 8 Tel. 3196

Eigentum des Arbeiter-Radsfahrbundes Solidarität empfiehlt der gesamten Arbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung seine bestrenommierten Waren wie:

„Frisch-auf-Fahrräder“ 2 Jahre Garantie mit Patent-Kapselgetriebe D.R.P. 100596 garantiert ölhaltend und staubfester.

Nähmaschinen, Sprechmaschinen, Frisch-auf-Pneumatiks, Bekleidungsgegenstände.

Unsere sämtlichen Waren sind außer unserer Filiale Karlsruhe noch in folgenden Orten zu haben:

M. a. N. h.: Karl Reiff, Bslg: Thomas Pflüger, Bruchsal: Michael Heintzel, Freisour, Regelfstraße, Durlach: Otto Dannenmeier, Durlach: Ludwig Müller, Friedriehstr. 4, Gaggenheim: Wilh. Ruf, Forst: Rochus Eytorn, Grünwettersbach: Max Huber, Gaggenheim: Karl Raupp II., Riedolsheim: Albert Dell, Schmied, Ottersdorf: Andreas Frey, Rastatt: Otto Stier, zum Anker, Rixheim: Ludwig Reinacher zur Krone, Stettfeld: Wilhelm Wehler, Söllingen: Johann Andres, Stupferich: Theodor Weiler, Teutscheneuert: Jakob Zimmermann, Wolfersweiler: Jakob Köhler, Wintersdorf: Max Schäfer, Zentern: Paul Wader. 5287

Teilszahlung gestattet.

## Billige Schuhwaren

- Herrenstiefel, Rindbov . . . M. **6.25**
- Damenstiefel, Rindbov u. Chevreau mit Lackkappe . . . M. **5.50**
- Damenhalbschuhe m. Chevreau- Lackkappe M. **4.00**
- ferner: Kinderstiefel in braun u. schwarz sowie Sandalen
- mit **25 Prozent Rabatt.**
- W. Krüger, Auktionsgeschäft und Schuhlager, Adlerstraße 40.

### Gafen,

80 Stück, wegen Aufgabe d. Z. billig zu verkaufen. Müppurr, Rastatterstraße 97.

### 1 Heckhäufig

samt Hahn und Henne ist um den billigen Preis von 7 M zu verkaufen. Zu erfragen Werderstraße 70, 2. Et. links.

## Marmelade

offen verpackt per Pfd. **27 S.**  
5-Pfd.-Eimer **1.35**  
10 " " **2.40**  
25 " " **5.50**  
529 bei

## Bucherer

Neu eröffnet: Markgrafenstr. **40.**

## Diwan.

Neue bessere Plüsch- u. Tapisserie Diwans werd. unt. Garant. v. **38** u. **42 M** an verl. Keine Fabrik. R. Köhler, Tapez., Schützenstr. 25.